

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Talstraße 11, durch die Buchhandlungen, Zigarrengeschäft Reichelt, Mathiasstraße 140, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Verträge, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das teile Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Reichspräsident will den Bürgerblock

Hindenburg versucht es doch zuerst mit Curtius.

Der Reichspräsident empfing am Montag zur Einleitung der Verhandlungen über die Neubildung der Regierung zunächst den Reichstagspräsidenten Uebe. Er hielt später Rücksprache mit dem Führer der Reichlichen Volkspartei Dr. Reich und dem Vertreter der Wirtschaftspartei Dr. Kredl. Am Nachmittag wurde der Vorsitzende der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, empfangen. Dann folgten Besprechungen des Reichspräsidenten mit dem Führer der Zentrumsfraktion des Reichstages, v. Guérard. Der Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Hermann Müller, wurde nicht empfangen.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing am Montag abend den bisherigen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Regierung. Curtius nahm den Auftrag entgegen, behielt sich aber eine endgültige Entscheidung über die Übernahmung der Rabinetsbildung vor, bis sich das Ergebnis der sofort eingeleiteten Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages übersehen läßt.

In einer Erklärung, die der mit der Rabinetsbildung beauftragte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Stunde nach der Erteilung des Auftrags der Öffentlichkeit übergab, bekennet sich der Vertrauensmann des Reichspräsidenten und der Volkspartei offen als Anhänger des Bürgerblocks.

Die Begründung seiner Auffassung über die Notwendigkeit des Bürgerblocks macht sich Herr Curtius kürzerst leicht. Er behauptet kurz und bündig, daß der Plan der Großen Koalition zerfallen worden sei und deshalb in Zukunft „auf den Grundlagen der bisherigen Politik der Mitte Gemeinschaftsarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei ermöglicht werden soll.“

Dazu wird uns von einem Berliner Büro gefunkt: Ein Blick in die heutige Berliner Morgenpresse zeigt, daß sich der Reichspräsident mit seinem Auftrag zur Neubildung der Regierung an Dr. Curtius auf das Glatteis begeben hat.

Curtius gedenkt, im Laufe des heutigen Tages nach der volksparteilichen „Täglichen Rundschau“ die Demokraten und vor allem das Zentrum vor die entscheidende Frage zu stellen, ob sie bereit sind, in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen Gegnern der Locarno-Politik und den deutschnationalen Feinden der Republik sich in eine Regierung zu setzen. Die Antwort auf diese Frage vermag kaum mehr zweifelhaft zu sein. Die „Germania“ des Zentrums hält den Auftrag an Curtius auch nur für „eine Episode“ und verweist darauf, daß eine Regierung, wie sie der Reichspräsident erstrebt, auch wenn die Deutschnationalen sie nur unterstützen, immer nach rechts tendieren müsse. Das Blatt betont schließlich, daß es nichts von seiner Ansicht der letzten Tage zurückzunehmen habe, um dann ausdrücklich von der „Ausichtslosigkeit“ der Bemühungen des Herrn Curtius zu sprechen. Auch die demokratische Presse legt ihre Kampagne gegen den Besißbürgerblock fort und spricht ebenso wie die „Germania“ von einem „ausführlichen Beginn des bisherigen Reichswirtschaftsministers“. „Es sei ein Tragischschluß“, betont das Berliner Tageblatt, „auch nur einen Augenblick zu glauben, daß die Demokraten den Bestrebungen des Herrn Curtius Folge leisten würden und man könne schon in kurzer Zeit die Mission des Vertrauensmannes des Herrn Reichspräsidenten als gescheitert betrachten. Die „Bolsche Zeitung“ verweist darauf, daß eine programmatische Verständigung zwischen Deutschnationalen und Zentrum kaum möglich sein wird und die Mission Dr. Curtius, „wenn auch erst nach mehrtägigen Verhandlungen ergebnislos hieiben dürfte“.

Die Rechtspresse triumphiert auch keineswegs, sondern schweigt sich aus. Die „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp nimmt von der Curtiuschen programmatischen Erklärung „auf den Grundlagen der bisherigen Politik (!) Gemeinschaftsarbeit mit den Deutschnationalen zu treiben“, stillschweigend Kenntnis. Die „Deutsche Tageszeitung“ des Landbundes beschränkt sich auf die Feststellung, daß der heutige Vormittag vielleicht schon einen Beschluß des Vorstandes der Zentrumsfraktion bringt, der die Mission des Herrn Dr. Curtius als aussichtslos erscheinen läßt. Aber wahrscheinlich würden erst nicht ganz leichte Verhandlungen geführt werden.

Die Sozialdemokratie verfolgt zunächst mit Gemächheit den Verlauf der Dinge. Ihr Gegenwartsziel ist am Montag wieder durch den Beschluß des Parteiausschusses klar formuliert worden. Aber der Politik der internationalen Verständigung, der Reichsmehrreform und des sozialen Fortschritts verläßt der Reichspräsident durch den Volksparteiler

Curtius eine Regierung des Bürgerblocks gegen die Arbeiterschaft entgegenzustellen. Dazu sagt der „Vorwärts“: „Das sind Gegenätze, die zur Entscheidung drängen und Kampf in sich bergen“. Ist sich vor allem die Zentrumsfraktion über die Folgen eines solchen Kampfes klar? Wir sind bereit!

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ glaubt versichern zu können, daß der bisherige Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ein Reichskabinett nicht eintreten würde. Wahrscheinlich ist diese Erklärung, die wohl auf Wegler selbst zurückgeht, in der bestimmten Erwartung erfolgt, daß im Augenblick ein Reichskabinett überhaupt nicht zustande kommt.

Der Sozialdemokratische Parteiausschuß

beschäftigte sich im Beisein des Vorstandes der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Vormittagsitzung am Montag mit der politischen Situation im Reich. Er faßte dazu nachstehenden Beschluß:

„Der Parteiausschuß billigt die Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die bereit war, mit den auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien in die Reichsregierung einzutreten. Der Parteiausschuß hält auch heute an dieser Bereitschaft fest.“

Er wird dabei zunächst geleitet von der Erwägung, daß die Politik von Genf und Thoirn fortgeführt werden müsse mit dem nächsten Ziel der Befreiung der Rheinlande.

Er betont des weiteren die Notwendigkeit, gerade im Interesse der Reichswehr selbst ihre Entpolitisierung insbesondere durch völlige Unterbindung aller Zusammenhänge mit den vaterländischen und Wehrverbänden durchzuführen und sie unter Verzicht auf jede selbständige Politik auf ihre militärischen Aufgaben zu beschränken.

Der Parteiausschuß weist auf die dringende Notwendigkeit hin, die Sozialpolitik fortzuführen, und insbesondere durch schleunigste Verabschiedung des Arbeitszeitnotgesetzes den Achtstundentag zu sichern.“

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst die Tagesordnung des im Mai in Kiel tagenden Parteitages festgesetzt.

Der Entwurf eines Agrar-Programms lag dem Parteiausschuß zur Kenntnisnahme vor; seine Veröffentlichung in der Parteipresse wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Beratung innerer Organisationsfragen bildete den Schluß der Beratungen.

Mittelregierung heldt mit Anlehnung nach rechts in Sachsen?

Die Deutschnationalen geben heute die Entscheidung.

Dresden, 11. Januar. (Eigener Funkenbericht.) Die Mittelparteien des sächsischen Landtages haben sich am Montag über die Bildung eines Minderheitskabinetts der Mittelparteien mit der Deutschnationalen Landtagsfraktion zu finden. Diese wird zu den Beschlüssen der Mittelparteien erst im Verlauf des heutigen Vormittags Stellung nehmen. Diese Beschlüsse laufen darauf hinaus, den Kandidaten der Mittelsocialisten, Heldt, wieder als Ministerpräsidenten zu wählen und seiner kleinen Gruppe außerdem das Arbeitsministerium zu übertragen. Die Deutsche Volkspartei soll wie bisher das Justiz- und das Volksbildungsministerium erhalten, während für die Wirtschaftspartei das Finanz- und das Wirtschaftsministerium und für die Demokraten das Ministerium des Innern vorgeesehen ist. — Diese Minderheitskoalition verfügt nur über 37 von 96 Stimmen. Mit den Stimmen der Deutschnationalen (14) würde sie es auf 51 bringen.

Die Berliner Rechtspresse stellt die Beschlüsse der sächsischen Mittelparteien als „Berlegenheitslösung in Sachsen“ hin und erklärt, daß die Zustimmung der Deutschnationalen Landtagsfraktion nach den bisherigen Äußerungen aus führenden Kreisen der Deutschnationalen Partei fraglich sei. Statt der Wahl eines Ministerpräsidenten, die für heute mittag 1 Uhr angesetzt ist, könne sich wieder ein neuer Leerlauf ergeben.

Der falsche Kronprinzensohn

hat bei seiner weiteren Vernehmung sowohl über die Methoden, mit denen er sich bei vornehmen Corps einführte, als auch über die Verehrung der feudalen Kreise Thüringens immer neue, für die Monarchisten überaus beschämende Mittelungen gemacht. Inzwischen sind einige Berichtungen der meistbetroffenen Thüringer Größen erschienen, die sich aber durch die Ermittlungen zu widerlegen scheinen. Vor einer endgültigen Darstellung werden wir die Klärung dieser noch übriggebliebenen kleinen Widersprüche ab-

Schlesien im Landtag.

Bei seinem Wiederzusammentritt am 18. Januar nach Beendigung der Weihnachtsferien findet der Preussische Landtag eine Reihe von gesetzgeberischen Aufgaben vor, die für Schlesien von Bedeutung sind. Die besten Verhältnisse, die durch die geographische und wirtschaftliche Lage Schlesiens im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung entstanden sind, schaffen vorläufig ständig neue Notwendigkeiten von Eingriffen in das politische und soziale Leben der schlesischen Provinzen, bis einmal eine handelswirtschaftliche und agrarpolitische Konsolidierung stabilere wirtschaftliche Verhältnisse hervorruft wird.

Der Landtag hat sich zunächst mit dem Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung des Baus von Landarbeiterwohnungen zu beschäftigen, der die Ausschussberatung bereits passiert hat. Dem Ministerium wird ein Betrag von 10 Millionen Mark für diesen Zweck aus Mitteln der produktiven Erwerbsloosensfürsorge zur Verfügung gestellt, der Finanzminister wird ermächtigt, diese Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen. Da auch das Reich sich mit Mitteln in gleicher Höhe an dieser Aufgabe beteiligt, die in erster Linie der Beschäftigung von Landarbeitern in den östlichen Provinzen dient und die Möglichkeit der Verringerung des Kontingents an ausländischen Landarbeitern in sich schließt, so kann sich auch Schlesien einen gewissen Erfolg aus dieser gesetzgeberischen Aktion versprechen. Leider reizen die Klagen über die Widerstände, die die landwirtschaftliche Arbeitgeberchaft gerade in der Provinz Niederschlesien dem Landarbeiterwohnungsbaue entgegensetzt, nicht ab. Eine energische und zielbewusste Verwaltungsführung in dieser Frage bei den Mittelinstanzen ist vonnöten, um eine volle Ausnutzung der für Schlesien für diese Zwecke verfügbaren Mittel zu gewährleisten und damit auf diesem Gebiet zu Erfolgen zu kommen, wie sie z. B. Oberschlesien und Ostpreußen in viel höherem Maße bereits erzielt haben. Die Sozialdemokratie wird es an einer Kontrolle des Verwaltungsapparates in dieser Hinsicht nicht fehlen lassen; ebenso wird sie sich für eine Mittelbewilligung für das einzelne Bauverfahren, unter Bedingungen einlegen, die die Leistungsfähigkeit des elend entlohnten Landarbeiters nicht übersteigen.

Der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung eines Kredits zugunsten der Eisenindustrie in Oberschlesien in Höhe von etwa 18 1/2 Millionen Mark liegt dem Landtag gleichfalls bereits vor. Der Staatsrat hat keine Einwendungen gegen ihn erhoben, die Genossen im Staatsrat haben ihn jedoch ihre Zustimmung verweigert. Die Kritik der Sozialdemokratie an einer systemlosen Subventionspolitik von Reich und Staat und ihre Begründung ist bekannt. Hinzu kommt die Behauptung, daß mangels der Durchführung gründlicher Aufwachsmagnahmen durch die geldgebenden öffentlichen Stellen die Gelder ganz anders und nicht zu den wirtschaftlichen Zwecken verwendet werden, denen sie dienen sollten. In dieser Beziehung wird also eine sehr sorgfältige Prüfung des Gesetzentwurfs zu erfolgen haben. Bei der von Preußen in Ausnahmefällen genommene Summe, mit der sich in diesem Jahre auch das Reich beteiligt, handelt es sich übrigens nicht um neue Mittel, sondern um die Befassung der dem deutsch geliebten Teil der Eisenindustrie in Oberschlesien im Jahre 1924 gewährten Beträge, die eigentlich zum 31. Dezember 1926 zurückzahlen gewesen wären. Hierfür werden nunmehr sehr günstige, bis auf 35 Jahre sich erstreckende Rückzahlungsbedingungen und eine niedrige Verzinsung, in den ersten fünf Jahren sogar Zinslosigkeit, vorgeschlagen. Einen Teil des Gesetzentwurfs bildet der Vertrag, der zwischen der Preussischen Staatsbank einerseits und den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken andererseits hierüber abgeschlossen worden ist.

Im kommenden Zeitabschnitt wird nun auch endlich das Breslauer Eingemeindungs-Gesetz beraten werden. Zurzeit befindet es sich im Stadium der Begutachtung durch den niederschlesischen Provinzialausschuß. Man wird also damit rechnen dürfen, daß es den Staatsrat und den Landtag bis März oder April passiert haben wird. Im Gegensatz zu dem Ruhr- und ober-schlesischen Ungemeindungs-gesetz, die außerordentlich schwierige Fragen aufwarfen, ist das Breslauer Eingemeindungs-gesetz von einfacherer Art, so daß bei einer Beratung mit größter Verzögerungen nicht zu rechnen sein wird. Nachdem Stadt- und Landkreis sich bereits in den meisten Punkten geeinigt haben, sind nur noch eine kleine Zahl kritischer Fragen übrig geblieben, deren Lösung dem Parlament keine größeren Schwierigkeiten bereiten wird. Auf jeden Fall wird man das Inkrafttreten des Gesetzes möglichst auf den 1. April, als auf den Beginn des neuen Etatsjahres festsetzen müssen, auch wenn sich die Beratungen über diesen Termin hinausziehen sollten.

Weiter wird die Frage der Errichtung eines eigenen ober-schlesischen Landesparlamentes und der Landesgerichte dem Landtag beschäftigen. Das eigene

Landesrat in von der neugebildeten obersteleischen Landesratungskammer verlangt worden; über die Ausfichten seiner Verwirklichung läßt sich vorläufig noch nichts sagen. Für die Errichtung eines obersteleischen Oberlandesgerichts mit dem Sitz in Weiden hat das Staatsministerium einen Bescheidentwurf vorbereitet, der augenblicklich im Staatsrat liegt. Die Ausfichten, daß der Landtag diesem Gesetz zur Annahme verhilft, sind vorläufig gering, da eine Anzahl großer Parteien Gegner dieses Gesetzes sind, keine einzige Partei aber ihn geschlossen unterstützt.

Von Wichtigkeit sind schließlich noch die Beratungen über die Beteiligung der einzelnen städtischen Bezirke an der Reichshilfe für den Osten für das Jahr 1927 und über die Zwecke, für die diese Mittel Verwendung finden sollen. Im Reichsetat für 1927 sind 32 Millionen hierfür vorgeschlagen. Die Konstitution unserer Verwaltung als Völkerverwaltung erfordert die Beteiligung der Unterentwicklung dieser Bezirke im Preussischen Landtag. Ein Unterausschuß des Ausschusses dürfte sich schon in der nächsten Zeit hiermit befassen und zugleich die Regierung in sehr ernster und gründlicher Form darüber interpellieren, welche Vorkommnisse die Ausschüttung der Mittel des bereits im Dezember vom Reichstag bewilligten Sofortprogramms bisher verhindert haben.

Der Reichshaushaltsausschuß gegen die Subventions-Wirtschaft.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Montag auf Grund der Arbeiten des Unterausschusses für Subventionsmaßnahmen der Reichsregierung folgenden Antrag an:

Die Reichsregierung wird ersucht: 1. Subventionen einzelner Unternehmungen, sei es im Wege der Kreditgewährung, sei es im Wege der Garantieübernahme, möglichst zu beschränken; 2. die Ermächtigung für Gewährung von Subventionen und Krediten sowie zur Übernahme von Garantien im Wege des Gesetzes, sei es des Staatsgesetzes, sei es eines Sondergesetzes, nachzulassen; 3. für diejenigen Ausnahmefälle, in denen für die Übernahme von Garantien der Weg des Sondergesetzes nicht in Frage kommt, dem § 2c des Haushaltsgesetzes folgende Fassung zu geben:

„Mit Genehmigung der zuständigen Ausschüsse des Reichstags und des Reichstags für den Reichshaushalt zur endgültigen Beseitigung eines vorübergehenden Notstandes aus zwingenden Gründen des Staatswohls Garantien zu übernehmen, sofern durch das Erliegen wichtiger Produktionsanlagen der deutschen Volkswirtschaft schwerer Schaden entstehen würde, der nur durch das Eingreifen des Reichs verhindert werden könnte.“

4. in allen Fällen der Kreditgewährung oder der Übernahme von Bürgschaften durch das Reich diesem das Recht einer ausreichenden Kontrolle über die vom Reich gegebenen oder verbürgten Gelder zu sichern; bei der Sanierung einzelner Unternehmungen außerdem eine maßgebliche Beteiligung bei der Reorganisation zu sichern und in geeigneten Fällen für die Dauer der Gefährdung der finanziellen Interessen des Reichs eine Beteiligung an der Verwaltung des Unternehmens auszuüben. Bei Kreditgewährung sind angemessene, dem Zweck der Sühnungsaktion entsprechende Zinsen und Provisionen, bei Bürgschaften in geeigneten Fällen angemessene Gegenwerte für die Übernahme des Risikos auszubedingen; in Fällen der Verwendung von bewilligten Ausgabemitteln zu Bürgschaften ist streng im Rahmen der Titelsummen zu halten, und zwar in der Weise, daß der Gesamtbeitrag der übernommenen Bürgschaftsverpflichtungen zugrunde gelegt wird.

In der Sitzung am Montag kritisierte der Abg. Roenen (Komm.) die Tätigkeit des Ausschusses und betonte, daß trotz der Beschlüsse wohl alles beim alten bleiben werde. Ihm widersprach Genosse Heimann, der betonte, daß mit den Beschlüssen des Ausschusses sehr viel anzufangen sei. Heimann konnte darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie eine ganze Reihe Anträge (z. B. bezüglich der Reichsbeteiligung an aus Staatsmitteln unterstützten Werken auch nach erfolgter Sanierung) zur völligen Abstellung des Subventionsunfugs eingebracht hat, die leider nicht die Unterstützung der übrigen Parteien gefunden haben.

Aus dem Hochschulwesen. Dem Amtlichen Preussischen Presseamt zufolge ist ordentlicher Professor Dr. Daelger, Münster, in gleicher Eigenschaft an die katholische theologische Fakultät der Universität Breslau versetzt worden.

Der Gesundheitszustand in Preußen nur scheinbar verbessert!

Zunahme von Tuberkulose und Skrofulose!

Der Hauptausfluß des Preussischen Landtags begann am Montag die Erörterung mit dem Wohlfahrtsrat. Einleitend gab Ministerialdirektor Krohne einen Überblick über den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die statistischen Zahlen seien scheinbar außerordentlich günstig, entsprächen aber nicht der Wirklichkeit. Das scheinbar günstige Bild sei nur auf das außerordentlich starke Wegsterben alter und tuberkulöser Leute während des Krieges zurückzuführen. In Wahrheit sei der allgemeine Gesundheitszustand, namentlich in den minderbemittelten Schichten, außerordentlich schlecht. Die Neuerkrankungen an Tuberkulose und Skrofulose hätten zugenommen und durch das ungeheure Wohnungsengpässe sei die Widerstandskraft der arbeitenden Bevölkerung stark erschüttert. Leider wären die Mittel, die zur Bekämpfung bereitgestellt seien, unzureichend.

Für die Sozialdemokraten sprach die Abgeordnete Frau Kunert, die die Ausführungen des Ministerialdirektors durchweg bestätigte. Sie verlangte insbesondere sofort zwei Millionen Mark für die Unterstützung Schwangerer vor der Niederkunft, eine Vermehrung der Zahl der Gewerbestärte, eine Verbesserung der Gefängnislazarette, die Regelung der Arbeitszeit in den Pflegeanstalten und eine Vermehrung der Entbindungsanstalten.

Die Rechte der Oberpräsidenten.

Im „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich Kammergerichtsrat Dr. Sontag noch einmal mit der Frage, ob das Eingreifen des Magdeburger Oberpräsidenten, Genossen Hörsing, in das Untersuchungsverfahren in der Raubmordtatsache Schröder berechtigt gewesen sei und kommt zu dem Schluß, daß das Vorgehen Hörsings auch formaljuristisch nach den geltenden Vorschriften als berechtigt und einwandfrei anerkannt werden müsse. Der Verfasser des Artikels bezieht sich auf eine Reichsgerichtsentcheidung in einem ähnlichen Falle und führt dann die für diesen Fall in Frage kommenden gesetzlichen Vorschriften an.

In § 161 Strafprozeßordnung heißt es:

„Die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes haben strafbare Handlungen zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten.“

In der Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht, Verbrechen aufzuklären, sind also der Polizei und im vorliegenden Falle dem Oberpräsidenten als der höchsten zuständigen Polizeibehörde, keine Schranken gezogen.

Die Polizei muß von Amtswegen, ohne gerichtlichen Auftrag, in Funktion treten, während der Untersuchungsrichter nach § 176 St.P.O. nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft und auf einen Beschluß des Gerichts hin in Tätigkeit treten darf. Der Untersuchungsrichter hat weiter nach § 195 St.P.O. seine Amtshandlungen einzustellen, sobald für ihn die Gewißheit besteht, daß das Hauptverfahren gegen den Verdächtigen eröffnet werden oder dieser außer Verfolgung gesetzt werden kann. Während es eine richterliche Untersuchung gegen „Unbekannt“ nicht gibt, hat die Polizei die Aufgabe, über die Tätigkeit des Untersuchungsrichters hinaus jedes Verbrechen bis zur endgültigen Aufklärung zu verfolgen. Das gilt auch für den Fall, daß mehrere Spuren vorhanden sind und eine von diesen zu einer Verhaftung führt, nach der der Untersuchungsrichter in Tätigkeit tritt. Die Polizei wird dadurch nicht von ihrer Verpflichtung entbunden, die anderen Spuren weiter zu verfolgen.

Nach Maßgabe der Bestimmungen des § 153 des Gerichtsverfassungsgesetzes sind die Polizeibeamten, soweit sie Hilfsbeamte des Untersuchungsrichters sind, verpflichtet, seinen Anordnungen Folge zu leisten. Die Polizeibehörden als solche unterstehen aber nicht der Staatsanwaltschaft; ihnen selbst bleibt die Auswahl der Beamten, die sie dem Untersuchungsrichter zur Verfügung stellen, überlassen.

Einen Beamten, den dessen vorgeordnete Behörde, in diesem Fall der Oberpräsident, nicht hergeben will, kann der Untersuchungsrichter nicht als Hilfskraft beanspruchen. Es steht auch im Ermessen der vorgeordneten Behörde, Polizeipräsident, Regierungspräsident, Oberpräsident, diesen Beamten zurückzugeben und ihn durch einen anderen zu ersetzen, wenn wichtige Gründe vorliegen. Ein solcher Grund kann die mangelnde Eignung des Beamten sein. Der Untersuchungsrichter ist nicht berechtigt, Aufklärung darüber zu verlangen, warum die höhere Verwaltungsbehörde den Beamten für ungeeignet hält.

Oberpräsident Hörsing war also in seinem vollen Rechte, als er den Kriminalkommissar Tenholt entfernte und den

Berliner Kriminalkommissar Busdorf mit der Aufklärung des Mordes beauftragte. Er hat dabei in keiner Weise seine Funktionen überschritten.

Wir sind allerdings überzeugt, daß auch dieser Nachweis der Gesetzmäßigkeit von Hörsings Vorgehen seinen Gegnern von rechts nicht den Mund stopfen wird, hoffen aber, daß wenigstens den Mittelparteien die hier dargelegten Gründe genügt werden. Auch die anderen Oberpräsidenten des republikanischen Preußens können aus dieser Darstellung eines angelegenen bürgerlichen Juristen entnehmen, daß aus aktiver Initiative gegen rüchständige Justiz und Verwaltungszweige nach dem Vorbild ihres tatkräftigen Vorgängers Kollegen ihnen kein Vorwurf entstehen kann. Genosse Hörsing, der meistangefandene unter den, findet heute die Anerkennung aller, die Aktivität im Sinne der Menschlichkeit und des Rechtes von der Republik erwarten.

Reaktionäre Verfassungsunterwürfung in der Masse braver Bürokraten.

Es gibt in Berlin ein Kuratorium für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen, dessen Aufgabe es angeht, die öffentlichen Verwaltung unter dem Gesichtspunkt der Vereinfachung zu durchforschen. Eine eigentümliche Einrichtung, dieses Kuratorium, das die Aufgaben erfüllen soll, die einem Parliamentsausschuß zustehen würden. Alles, was von diesem Kuratorium bisher bekannt geworden ist, riecht verächtlich nach Realpolitik. In der Tat vertritt sich hinter dieser Einrichtung reaktionärer Wille. Es wird von Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen geredet, aber Bekämpfung der Demokratie gemeint.

Das Kuratorium hat im Jahre 1925 ein Preisaus schreiben zur Gewinnung von Vorschlägen zur wirtschaftlichen Gestaltung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland erteilt. Darauf sind 131 Arbeiten eingelaufen und 22 einstimmig preisgekrönt worden. Was mögen das für Arbeiten sein? Die Öffentlichkeit erfährt es nicht, denn das Kuratorium teilt mit, daß auch die mit einem Preis ausgezeichneten Arbeiten fast ausnahmslos zum Teil von vornherein abgelehnte Vorschläge enthalten. Warum also dann preisgekrönt, und unter welchem Gesichtspunkt?

Man kann also nur ahnen, aber mit gewisser Sicherheit. Denn das Kuratorium übergibt aus den eingelaufenen Arbeiten eine Reihe von Vorschlägen der Öffentlichkeit, die von einer großen Mehrheit des Kuratoriums „einer öffentlichen Auseinandersetzung für wert erachtet worden sind“. Aus diesen Vorschlägen, über die das Kuratorium eine „fruchtbare Auseinandersetzung“ herbeiführen glaubt, haben wir folgende hervor:

„Einschränkung der Gesetzgebungsarbeit durch Abkürzung der Sessionsdauer der Parlamente; Beschränkung der Tagungen der Volksvertretungen auf die Zeit vom 1. November bis 1. Mai; Beschränkung der Plenarverhandlung, insbesondere des Reichstags, auf allgemeine Debatten, Verzicht auf Spezialdebatten; Beschränkung des einzelnen Abgeordneten auf eine Anfrage jährlich; Verlegung der Entscheidung über den Reichshaushaltsplan vom Plenum in den Haushaltsausschuß; Schaffung von vier Berufsausschüssen für Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Beamte, sowie etwaige Unterfamilien, die in den Parlamenten vertreten sein sollen, Recht der Ablehnung des vom Reichspräsidenten ernannten Reichstanzlers durch den Reichstag nur mit qualifizierter Mehrheit. Macht der Reichstag von diesem Recht Gebrauch, soll Auflösung erfolgen. Die Reichsverwaltung soll sich nur auf Verteilung, Verfolgung, Verleite und Finanzen beschränken, das soziale und kulturelle Gebiet soll Aufgabe der Länder sein. Vermehrung der ehrenamtlichen Tätigkeit und Anregung hierzu durch Wiedereinführung von Titeln und Orden.“

Diese Beispiele mögen genügen: Einschränkung des Gesetzgebungsrechts des Reichstags, Stärkung der Macht des Reichspräsidenten, die Regierung vom Reichstag praktisch unabhäbar, Einschränkung des Subgetrechts, berufsständisches Wahlrecht, Auflösung des Reichstags nach föderalistischen Gesichtspunkten, Zerrüttung der einheitlichen Sozialpolitik — es gibt keine Position der Verfassung von Weimar, die von diesen Vorschlägen nicht angegriffen wird. Das nennt sich „Vorschläge zur wirtschaftlichen Gestaltung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland“. Eine dürftige Masse für reaktionäre verfassungsfeindliche Absichten.

Nicht neun, sondern vier Monate für Beleidigung Hindenburgs. In erster Instanz war, nach dem „Berliner Tageblatt“, der verantwortliche Redakteur Hauswirt von der „Rollen Fahne“ wegen öffentlicher Beleidigung des Reichspräsidenten durch ein beleidigendes Gedicht in Tateinheit mit einem Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung verurteilte die Strafkammer den angeklagten Redakteur unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils lediglich wegen öffentlicher Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis.

Indizien

Roman von Paul Garde. (Nachdruck verboten).

Aber eine Freude erlebten Krüger auch, innerhalb aller Kleinlichkeit: an ihrer Wohnungstür hatten freundliche Hände eine kleine Girlande befestigt und ein Schild daran „Herzlich willkommen“. Vielleicht war es mehr der Triumph der Gegend, jemanden den Klauen der Polizei entziehen zu wissen, als persönliche Anteilnahme. Aber es freute immerhin. Und freute nicht weniger, wenn man daran dachte, daß es eine gut gemeinte Entschuldigung derjenigen sein konnte, die in den Wochen der Untersuchungshaft fest von der Schuld der beiden Burken überzeugt geworden waren.

Oben in der Wohnung sollte, in der ungleichen Wärme freudigen Wiedersehens, die Erzählung von einem gutgemeinten, aber doch herzlich dummen Jungenstreich, sich ab.

Hans erzählte, stotternd erst, dann flüssiger. Esam knob von Zeit zu Zeit eine Bemerkung ein. Krüger stand am Ofen, seine Augen schauten in seine eigene kindliche Jugendzeit zurück. Wie gut er das alles verstand. Mutter Krüger hatte den Hans um die Schulter ihres Jungen gelegt und schaute vor sich hin, beständig denkend: Wie konnte ich nur einen Augenblick meinem Jungen das zutrauen, einen Noth zutrauen....

Es war eine fast alltägliche Geschichte, die die beiden erzählten. Aus Arbeitslosigkeit, Armut und unerfüllter Jugendzeit mit die bei H vielen — und nicht bei den Kleinsten jungen Menschen — der Wille gebrochen worden, draußen, in der Fremde, das Glück zu suchen. Glück und Reichtum zu gewinnen, zu erarbeiten, für sich, für die Eltern, wenn sie alt werden. Man hatte letzte Sündenböden gepostet — schon oft, und wieder ausgepostet, weil man kein mögliches Wunderziel gesehen, keinen Weg durch das unüberwindliche Grot. Bis die schrecklichen Erfahrungen von Arzelen in die jungen Herzen gefallen waren, dort wie ein gütige geblieben hatten. Auf der See dort konnten sie junge Jungen gebrauchen; dort geht es genug zu

tun, hatte er gesagt. Das war genügend gewesen, um sofort loszuwandern. Heimlich, ohne ein Lebenszeichen zu hinterlassen, denn man wollte ja nicht zurückgeholt werden. In Richtung auf die Hafenstadt zu Fuß waren sie gewandert, sich durchbetüelnd, sich durcharbeitend. Von Dorf zu Dorf, von Bauer zu Bauer. Hier Rüben ausnehmend, dort Kartoffeln sortierend. Für Essen und Nachtlager und einen Zehrgrößen, wenn es hochkam. Aber abends, wenn sie in der Scheune mit warmem

rumstehenden Tieren lagen, waren die Bilder gekommen — Bilder von fernem, sonnenbeiger Erde, von Urwald, der unter ihren Ästen fiel, von grünenden, blühenden und fruchtschweren Feldern, um ein solches Hofhaus herum — oder auch von hohen, großen Dampfern, auf deren Kommandobrücke sie regierten, die den weißen Schaum der Wellen pflügten, auf dem Wege zur Heimat, zum Hafen, wo wintende Eltern an der Landungsbrücke standen, frohe und lichte, die der erfolgreiche Sohn glücklich gemacht....

Krüger lächelte vor sich hin: Ihr jungen Dummköpfe, glaubt ihr, daß man draußen in der Welt nur auf euch wartet? Ja, ja man kann es verstehen — die Dummheit haben wir wohl allemal in unserem Herzen getragen. Aber hundert sind gegangen und hundert sind verjumpt, oder kamen armer zurück, als sie fortwanderten. Bleibt ruhig hier und laßt uns zusammenhalten, wir werden uns schon durchbeißen. Und draußen stündet ihr ganz allein.“

So lagen sie und erzählten und waren froh, daß alles Schlimme vorbei.

Aus eins aber verstanden sie nicht recht — denn die Gefängnisbeamten hatten auf alle diesbezüglichen Fragen geschwiegen — warum sie gerade heute, so unermutet und plötzlich, freigelassen worden waren. Ob nun wirklich Was vorbei war, aber nur „wegen Mangel an Beweisen“. Hier war noch eine Ungewißheit, eine Bangigkeit. Man hatte zwar von einer neuen Verhaftung gehört, und auch, daß die Witwe des Schlächtermeisters mit ihr in Zusammenhang stehen sollte, aber was eigentlich dahinter steckte —?

Da brüllte die Klingel der Wohnungstür. Krüger ging hinaus, um zu sehen, wer draußen war. Er kam sofort wieder zurück, hatte ein vollkommen verständnisloses Gesicht in die Stube und taunte seiner Frau zu: „Das Dienstmädchen von Hellen. Frau Heller läßt fragen, ob sie gleich mal zu uns kommen kann?“

Frau Krüger war fassungslos, alles andere hätte sie eher erwartet als diese merkwürdige Besuchsfrage. Sie fragte ratlos zurück: „Mein Gott, was soll das nun wieder?“

Krüger wiegte den Kopf: Vielleicht kann sie was erklären, ich meine, wir sollen sie raufkommen lassen. Angst brauchen wir vor ihr doch nicht zu haben.“

Als Frau Heller in die Wohnung kam, rannte sie spornstreichs an Krüger vorbei in die Stube und fiel Mutter Krüger um den Hals: „Meine liebe Frau Krüger, ich bin ja so unglücklich. Und Ihnen, Ihnen habe ich bitteres Unrecht getan, so bitteres Unrecht. Ach, ich weiß gar nicht — aber ich...“

Die Augen standen verlegen an einer Wand, sie konnten sich weder die Worte, noch das Benehmen der Schlächterfrau erklären. Krüger sah gespannt auf die Szene, er ahnte etwas Tiefes hinter der Rührseligkeit der Frau. Frau Krüger löste die Arme der Witwe, führte sie zu einem Stuhl, aber meinte doch ziemlich kühl: „Ja, Unrecht haben Sie mir getan.“

„Ja, ja, ich weiß es. Deswegen komme ich ja. Aber wie soll ich es wieder gutmachen? Ich verlassene, ich betrogene, belogene Frau.“

Krüger tröstete: „Beruhigen Sie sich, Frau Heller, wir tragen Ihnen ja nichts nach. Es ist erklärlich, der plötzliche Verlust Ihres Mannes —“

„Mann? Sprechen Sie das Wort nicht aus! Der — der — ach, ich arme Frau. Die Hölle auf Erden hat er mir bereitet, und nach über den Tod hinaus verfolgt, verläßt, beschwindelt er mich. Ach, wenn ich doch nur etwas geahnt hätte, wenn er doch schon früher gestorben wäre. Wenn wir uns nie gesehen hätten.“

„Aber Frau Heller!“

„Rein Aber — wissen Sie, was er mir angetan hat? Ich soll's niemanden sagen, hab's dem Waffner in die Hand verprochen. Aber mein Gewissen ließ mich keine Ruhe, immerfort mußte ich nur an Sie denken, Frau Krüger. Daran, wie ich Ihnen unrecht getan, wie beleidigt hatte. Ich mußte zu Ihnen, mußte Ihnen das erzählen. Damit Sie wissen, daß ich nur eine arme, verzweifelte Frau bin.“

Sie meinte, Ihr Weinen war wie ein Schlüssel, der hineinlirpste in eine Wand gepanntester Ehrlichkeit, ein Schlüssel, der eine Tür öffnete, hinter der ein böses, unheilvolles Rätsel verborgen lag, das bisher allen Söhlingen geipstet.

Der polnische Außenminister gegen jede Revision der deutsch-polnischen Grenze.

Austausch des Korridors gegen litauisches Gebiet ein „Annoletter Mann“.

Warschau, 10. Januar. (Drahtbericht.) Bei einem Bankett anlässlich der Gründung der Gesellschaft zur Untersuchung internationaler Fragen hielt Außenminister Jazicki gestern eine politische Rede, in der er sich besonders über das deutsch-polnische Verhältnis aussprach. Jazicki betonte zuerst die unbedingte Friedlichkeit der polnischen Außenpolitik, wobei er auch die Rolle des Völkerbundes kennzeichnete. — Artikel 10 der Völkerbund-Verfassung, so führte der Minister aus, „handelt von der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit. Obgleich Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist, entfaltet es gegen unsere Grenzen eine unerhörte starke Propagandaoffensive, die nicht nur nicht mit Artikel 10 der Völkerbundverfassung in Einklang zu bringen ist, sondern die auch für den Frieden Polens, ja sogar für den allgemeinen Frieden höchst gefährlich ist.“

Es ist das Bestreben aller polnischen Politiker, die besten nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland herzustellen und dies liegt sowohl im Interesse Deutschlands als Polens. Dieses Bestreben kennzeichnete unsere ganze bisherige Politik gegen Deutschland. Andererseits glaube ich, die Meinung des gesamten polnischen Volkes auszudrücken, wenn ich erkläre, daß wir als Preis für die gegenseitigen nachbarlichen Beziehungen eine Revision unserer Westgrenzen nicht zulassen werden. Um keinen Preis werden wir auch nur einen Fuß breit pomerellischen oder oberschlesischen Bodens abtreten, jene seit Jahrhunderten polnischen Länder, die uns übermächtige Gewalt genommen hatte, und die uns der Sieg des Rechts und der Gerechtigkeit wieder zurückgegeben hat. Jeder Pole weiß, wie teuer uns diese Gebiete sind; jeder weiß, daß sie nicht weniger polnisch sind, als andere polnische Landschaften (?); jeder weiß, daß Polen ohne sie nicht leben kann, und daß ein 30-Millionen-Volk unter solchen geographischen und politischen Bedingungen wie wir ohne freien Zugang zum Meer erdrückt werden muß. Jeder Pole würde auch nicht einen Augenblick überlegen, die höchsten Opfer an Gut und Blut zu bringen, um diese Gebiete gegen alle Gefahren zu schützen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Die Überzeugung von der Einmütigkeit der ganzen polnischen Nation in dieser Frage wird sich, hoffe ich, immer tiefer sowohl bei unseren Freunden wie Feinden beseitigen. Ich habe die Hoffnung, daß die Überzeugung dieser Einmütigkeit in den Auffassungen des polnischen Volkes das Aufkommen jenseitiger Pläne, wie z. B. den Austausch des Korridors gegen Litauen und Memel, unmöglich machen werde. Die Arbeiter-Kombinationen leisten dadurch dem Frieden einen rechten Bärendienst.“

Der Minister erörterte dann das Verhältnis Polens zu Rußland, wobei er das Bestreben Polens, zu gut nachbarlichem Verhältnis zu diesem Staat zu gelangen, unterstrich. Was Litauen betrifft, bin ich überzeugt, daß dieser Staat auf die Dauer keine selbstmörderische Politik führen kann.“ Der Minister schloß seine Rede indem er der Hoffnung auf eine günstige wirtschaftliche Wera Ausdruck gab, die dann eintreten werde, wenn überall erwiesen sei, daß ein Krieg mit einer allgemeinen Katastrophe enden müsse.

Der polnische Außenminister hat mit dieser Rede gewissen Plänen ein Ende gemacht, die der Litauern wegen ihrer üblen Wirtschaft in Memellands das Mandat über dieses Gebiet wieder entziehen und Polen erteilen wollten, das dann einen anderen Korridor zur See nördlich von Ostpreußen statt durch das Weichselthal erhalten hätte. Wir haben diesem Geschäft mit Vandalen- und Menschenraub nie große Aussichten zugesprochen, da die dazu notwendigen Instanzen in Warschau, Berlin, Genf und Memel für diesen komplizierten Zweck zum erstenmal unter einen Hut hätten gebracht werden müssen.

Die deutsche Kampagne für Revision der deutsch-polnischen Grenzen wird im übrigen vom polnischen Außenminister etwas zu ernst genommen. Im Locarno-Vertrag hat sich Deutschland bekanntlich unter Garantie von England, Frankreich, Belgien, Italien und Tschechien festerlich verpflichtet, eine solche Revision nur auf friedlichem Wege anzustreben, wie die gleiche Verpflichtung umgekehrt auch von Polen übernommen worden ist. Eine Bedrohung Polens liegt also nicht vor; denn gewisse deutschen Pressestimmen, die sich manchmal über die Ursachen von Locarno hinwegsetzen, braucht man jenseits der Grenze angeht des sehr entschiedenen Friedenswillens gerade der ostdeutschen Arbeiterschaft und des Interesses der Reichs-



Die Spannung zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten

Ist durch die Ereignisse in Nicaragua erheblich schärfer geworden. Die Gegensätze zwischen den beiden Ländern haben einen wirtschaftlichen Hintergrund. Amerika spekuliert auf den dauernden Besitz der reichen mexikanischen Oelquellen, deren Aktien sich größtenteils in den Händen von Amerikanern befinden, die aber nach den neuen mexikanischen Gesetzen in ihren Rechten erheblich beschränkt wurden. Unter Bild zeigt einen Teil des Distrikts von Vera Cruz, dem östlichsten Staat Mexikos, der an der Küste heiße Steppen mit großen Erdschichten und in seinem Innern Hochland mit mächtigen Gipfeln (bis 5550 Meter Höhe) aufweist.

regierung an der Wahrung von Locarno kein Gewicht beizulegen. Eine friedlich-schiedliche Erörterung der heutigen Mißstände der deutsch-polnischen Grenzführung aber wünscht auch auf deutscher Seite gerade der verständigungswilligste Teil des Volkes. Man braucht dabei noch nicht an Grenzveränderungen zu denken, wird aber im Korridor wie im Oberhieseln an die Errichtung neuer wirtschaftlicher Brücken schreiten müssen, wenn sowohl deutsche wie polnische Wirtschaftsinteressen gewahrt werden sollen, die durch die heutige Grenzführung sichtlich geschädigt werden.

Die Personalveränderungen der polnischen Regierung.

Warschau, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Antrag Pilsudskis ist Professor P.rien, der neben dem Justizministerium auch das Portefeuille des Unterrichtsministers inne hat, seines Amtes enthoben worden. An seiner Stelle wurde der praktische Arzt Gustav Tobrucki zum Unterrichtsminister ernannt, der ein politischer Freund Portens ist und der die bisherige Unterrichtsminister weiter fortsetzen wird. Dadurch soll Minister Bartel entlastet werden, der Pilsudski entweder vertritt oder ersetzen soll, damit dieser sich seinem Kriegsministerium mehr widmen kann.

Zur Frage der deutschen Ostfestungen.

Über die General Pawels heute in Paris mit dem Interalliierten Militärkomitee neu zu verhandeln beginnt, meint die „Dnat. Diplomat. Korz.“, daß höchstens die Anbringung sehr weitreichender Geschütze die offensive Absicht der Festungen demonstrieren könnte, von der die polnische und französische Presse sprach. Die Konstruktion solcher Geschütze sei aber in Deutschland bekanntlich verboten, so daß im Ernstfalle die deutschen Festungen sich artilleristischen Gegnern gegenüber überlegen würden, die außer der Reichweite der deutschen Festungsartillerie lägen. Schon hieraus ergebe sich zweifellos, daß jede deutsche Befestigung von vornherein nur noch einen beschränkten defensiven Charakter habe. Die Korrespondenz verweist im übrigen darauf, daß außer der 22 Geschütze von Königsberg, die zugelassenen Bestückungen der Ostfestungen, die im Versailler Vertrag vorgesehen waren, nicht vorhanden seien, da durch das Ultimatum von London nachträglich und im Widerspruch mit dem Vertrag von Versailles Deutschland auch diese Geschütze genommen worden seien.

Ob bei so schwacher Ausrüstung der drei letzten Ostfestungen — Königsberg, Küstrin, Glogau — ihre Ausrechterhaltung überhaupt noch lohnt, oder ob sie nicht mehr Gegnerschaft erweckt, als sie abwehren kann?

Der Reichswehrgeneral Reinhardt

hat sich unter die Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ begeben und dort gegen die republikanischen Vorschläge zur Reichswehrreform polemisiert. Wie der Reichsgerichtspräsident (der sein Amt unseren Rad-

bruch und Ebert verdankt) kürzlich in München jeden Klassenkämpfer als ungeeignet zum Richteramt bezeichnet, so wendet sich dieser bekannte Reichswehrgeneral gegen die Einstellung von Sozialisten ins Heer. Dabei leistet er sich Behauptungen wie die, daß die „proletarischen Parteien ihre Friedenspolitik nur zum Wählerfang betreiben!“

Er hat jetzt vom demokratischen Parteiführer Koch die geübende Antwort erhalten. Dieser schreibt ihm ins Stammbuch, daß zum Wählerfang leider heute in Deutschland törichte Kriegsrreden viel mehr benutzt werden, als die weit entsagungsvollere Verständigungspolitik und fordert Reinhardt auf, näher zu erklären, was er sich unter jenem ganz unklaren Begriff von „proletarischem Denken“ und wie er seine Behauptungen über das ehrenrührige Verhalten von Parteiführern beweisen wolle. Des Generals erster Auszug in die Politik sei blutig dilettantisch gewesen.

England und Italien unterstützen den amerikanischen Imperialismus.

Washington, 10. Januar. (Drahtbericht.) In einer Sonderbotschaft an den Kongreß gibt der Präsident die Versicherung ab, daß neutrale Zonen in Nicaragua erst nach wiederholten Geluchen um Schutz seitens der amerikanischen Bürger sowie seitens des kritischen Geschäftsträgers in Managua und des italienischen Botschafters in Washington errichtet werden seien.

Die Engländer müssen in Hankau ein festes Kompromiß schließen.

London, 11. Januar. (Eigener Funkbericht.) Am Sonntag ist in Hankau über die dortige Verwaltung der britischen Niederlassung zwischen dem englischen General-Konsul und dem Außenminister der Kantongouvernement eine Vereinbarung zustande gekommen, die einen vorläufigen Verzicht auf die bisherigen britischen Rechte darstellt. Die Kantongouvernement ist jetzt völlig im Besitz der Macht in der englischen Konzession. Die englische Regierung betont dem gegenüber, daß es sich lediglich um ein provisorisches Abkommen handelt und der Schwerpunkt der britischen Stellung in Hankau nur infolge der gegenwärtigen Unruhen im Lande auf die Kanonenebene verlagert worden sei. Die britische Stellung in Hankau werde keineswegs aufgegeben.

Das amerikanische Marineministerium teilt mit, daß 300 Marineoffiziere unverzüglich nach China befördert werden würden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Kriegsteilnehmer gegen Jashmas. In Romo fand dieser Tage eine Versammlung der ehemaligen freiwilligen Kriegsteilnehmer statt. Sie beschloß, den durch den Staatsstreik abgesetzten ehemaligen Staatspräsidenten Grinius und alle Mitglieder des früheren Kabinetts Slezewicjus zu Ehrenmitgliedern zu ernennen.

Hast über sechs mexikanische Bischöfe verhängt. Nach einer Meldung der Associated Press aus Mexiko ist über Pascual Diaz, Bischof von Tabasco und über fünf andere Bischöfe die Haft verhängt worden. Die Bischöfe leisteten sich bekanntlich eine zügellose Heße gegen die Regierung Calles, die den reichen Besitz der Kirche scharf besteuert.

Aus aller Welt.

Berlins Postverkehr.

Das Jahr 1926 brachte dem Postfachamt Berlin eine erhebliche Steigerung des Umsatzes. Beim Berliner Amt, das etwa den fünften Teil des gesamten deutschen Postverkehrs bestrahlt, sind rund 109 Millionen Buchungen ausgeführt worden. Gegenüber dem Jahre 1925 mit rund 90 Millionen beventer das die Zunahme von 13 Millionen oder 13,5 Prozent. Allein im Monat Dezember 1926 sind durchschnittlich an jedem Werktag 11 000 Buchungen vorgenommen worden. Am 3. Januar, dem ersten Wochentag nach Neujahr, wurden insgesamt 795 000 Buchungen, also mehr als 1/2 Millionen, an einem Tage erledigt.

Zwei Arbeiter ertranken.

Die bei der Überregulierung in Neutrebbin beschäftigten Arbeiter Otto Melcher und Emil Kaban aus Alt-Küstrinchen bei Königsberg i. N. kenterten am der Fahrt nach der Arbeitsstätte in ihrem Kahn an der Schleuse von Hohensaatzen und ertranken. Die Leiche des Melcher konnte bereits geborgen werden.

Das Jagspitze-Hotel eröffnet.

Am Sonntag nachmittag ist auf der Jagspitze, in einer Höhe von 2815 Metern, das höchste Hotel Deutschlands und Österreichs eröffnet worden. Das Hotel ist unmittelbar mit der Bergstation der Drahtseilbahn zusammengebaut. Es enthält in zwölf Kabinen erster, dreizehn Kabinen zweiter und einer Logenkabine insgesamt 76 Betten, wozu später noch ein Matrasenlager für Touristen kommen soll. Die Drahtseilbahn zur Jagspitze, die während des Hotelbaus gesperrt war, hat am Sonntag den Betrieb wieder aufgenommen. Seit der Eröffnung der Bahn wurden bereits 40 000 Personen auf die Jagspitze befördert.

Das Kind des Bräutigams vergiftet.

Zu einer furchtbaren Mordtat ließ sich die Braut eines aufmanns in Javelstein (Württemberg), die Fräulein Therese Wertenberger, hinreißen. Der Bräutigam war vorher schon einmal verlobt, hatte das Mädchen aber sitzen lassen, als sie um einen Knaben gebat. Nach einem langwierigen Prozeß wurde er zur Zahlung der Alimante verurteilt. Daraufhin beauftragte sie die neue Braut mit ihrer Vorgängerin und ging mit deren Kinde spazieren. Wöhlich farb der Kleine an einer Schokoladengiftung. Die Mörderin gestand, die Tabletten zu haben, um dem Bräutigam „die letzten Wünsche“ zu erfüllen.

„Unser Kaiser im Schützengraben“.

Am ersten Flur der Volkshule in Bütow in Pommern hängt als „Geschichtsbild Nr. 48“ ein Gemälde mit obiger Titulatur. Einen so herrlichen Witz soll man allerdings schleunigst unter Glas und Rahmen zu legen! Da zeigt ja die alte Armee vom ersten bis zum letzten Mann!

222 000 französische Kriegswitwen werden versichert.

Von den 680 000 französischen Kriegswitwen sind nach einer Statistik des französischen Pensionsministeriums 262 000 wieder verheiratet. Die Eheschließung der Kriegswitwen erfährt eine starke Förderung dadurch, daß sie bei ihrer Wieder- oder Neuverheiratung eine Abfindungssumme in Höhe von drei Jahrespensionen erhalten. Angehörige der Selbstwertung haben viele Frauen eine einmalige Mitgift einer immer weiter zusammenwachsenden Witwenpension vorgezogen.

Das Leben der heutigen russischen Studenten.

Das bolschewistische Gewerkschaftsblatt „Trud“ vom 29. Dezember schreibt: „In Kasan (Republik der Tataren) fand die 5. Gebietskonferenz der proletarischen Studentenschaft statt. Sie hat ein trübes Bild von dem Leben der Studenten geboten. Ingesamt werden in den betreffenden Hochschulen und höheren Schulen des Gebiets 10 000 Personen unterrichtet. Diese 10 000 Personen starke Armee „ragt mit Hingebung den Granit der Wissenschaften“, aber unter welchen Verhältnissen! An den technischen Schulen genießt nur die Hälfte der Studierenden ein Stipendium, an den Hochschulen sind es noch weniger. Besonders schwierig sind die Verhältnisse in „antikerischem Technikum, letzteres erhält sogar für Lehrzwecke keine ausreichenden Mittel. Für das ganze Technikum sind nur einige 10 Stipendien von je 10 Rubel bewilligt worden und selbst diese verschwindend geringe Summe wird unter zahlreicher Bedürftigkeit aufgeteilt, so daß die Größe des einzelnen Stipendiums 6,50 Rubel nicht übersteigt. Wie soll man damit leben? In der Tat leben die Schüler nicht, sondern quälen sich mit einem Hungerdasein. Im Februar der pädagogischen Technikum wird jedes Stipendium auf zwei verteilt. Die Studentenheime sind schlecht. Ungeachtet dessen, daß ein Viertel der Studentenschaft mit Mittagessen versehen wird, herrscht eine allgemeine Entkräftung. Die Not und der Hunger untergraben den jungen Organismus. Die Entkräftungsfälle sind ungläublich zahlreich. In einigen technischen Anstalten erreichen sie 90 Prozent der Gesamtzahl. Dem letzten Bestande nach nimmt die Zahl der Arbeiter und Bauern ab. Die Erklärung hierfür sollen die gesteigerten akademischen Anforderungen bilden. Es erscheint aber wahrscheinlicher, daß die un-

geheuerlichen Lebensverhältnisse, die Proletarierjugend aus den Hochschulen verdrängt. Die Frage einer Besserung dieser Verhältnisse ist also ungemein dringend. Man muß den Studenten die Möglichkeit bieten, in Kurorten und Sanatorien Heilung zu finden.“ — Wir enthalten uns jedes Kommentars.

Eine unbekannte alte Kultur in Armenien.

Die Totengespinnstspinnerei von Sevan... Die Expedition zum Schutz der Altortümer Armeniens ausgerüstete Expedition unter der Leitung von Prof. A. S. Charkel Kalarat hat im September v. J. bei ihren Forschungsarbeiten an den Ufern des Sevansees an zwei Stellen an hohen Felsen eine große Anzahl alter Inschriften entdeckt. Späterhin gelang es Prof. Kalarat, bei seinen in dieser Richtung weitergeführten Studien noch mehr Inschriften, die dem gleichen System angehören, wie auch solche, die eine andere Schriftart aufweisen, im Aragaz-Gebirge, in Etschmiadzin, Anni und Erwan zu entdecken. Schließlich wurde im Dezember (gleichfalls im Aragaz-Gebirge) eine Gräfte entdeckt, deren Wände mit ähnlichen Schriftzeichen bedeckt sind. All diese Inschriften stellen Überreste einer sehr alten Kultur dar, die der Wissenschaft bisher vollkommen unbekannt war. Die Schriftzeichen gehören zwei verschiedenen Schriftarten an; während die einen die charakteristischen Merkmale der Hieroglyphen aufweisen, kommen die anderen der Linienchrift nahe. Neben der Schriftzeichen, die die Oberfläche großer Felsblöcke bedecken, sind erläuternde Inschriften wahrgenommen, die in der Linienchrift ausgeführt sind. Der Auszug, dem Prof. Kalarat über die neuentdeckten Inschriften und Schriftzeichen Bericht erstattet hat, hat beschlossen, das nunmehr zur Verfügung stehende ausgedehnte Material eilig zu bearbeiten und demnächst herauszugeben. Im Frühling soll eine Sonderexpedition organisiert werden, die die begonnenen Arbeiten zur weiteren Ermittlung dieser ganz neuartigen dastehenden Überreste einer armenischen Kultur weiterführen soll.

Das Schweizer Flugzeug über dem Viktoriasee.

Der Schweizer Piloter Mittelholzer hat auf seinem Flug längs durch Afrika nach seinen letzten Nachrichten die Strecke vom Albert zum Viktoriasee zurückgelegt. Das Flugzeug folgte dem Viktoriasee, dann ging es über den 180 Kilometer langen Kioga-See, in dessen Sümpfen die Piloter unzählige Fußspuren und Karavane beobachtet konnten. Die Landung auf dem Viktoriasee ging glatt vonstatten. Die Expedition will etwa zehn Tage dableiben, um Film aufzunehmen in der Gegend zu machen.

Familien-Anzeigen

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Am 8. Januar verschied unser wertiges Mitglied, der **Sekretär**

Josef Griese

(in Firma Kora)

im Alter von 67 Jahren.

Das Andenken des Verstorbenen, der mehr als 40 Jahre der Organisation angehört hat, werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 12. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle 2 in Oswitz. 5026

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Am Sonntag, den 9. Januar 1927, verstarb unser Kollege

Paul Brümig

im Alter von 71 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren **Die Mitglieder der Zentrale Breslau.**

Beerdigung: Mittwoch, den 12. Januar, vormittags 9 Uhr, vom Trauerhause in Herrmannsdorf nach dem Friedhof Herrmannsdorf. 5026

Am 9. Januar verschied unser Mitglied

Frau Johanna Kuntke

Ihr Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Schärpenkasse der städtischen Rohrnetzbetriebe.

Beerdigung: Mittwoch nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Dürrgoy. 27

Stadttheater

Dienstag 8 1/2 Uhr:

2. Uraufführung

Serie A

„Die Balkäre“

Mittwoch 8 Uhr:

„Der Vogelhändler“

Donnerstag 8 Uhr:

2. Uraufführung

Serie E:

„Die Entführung aus dem Serail“

Schauspielhaus.

Opernbühne.

Tel. Stephan 36300.

Täglich 8 Uhr:

Der große Opernenerfolg.

Wiedererfolg. **Assy Ahlers**

„Die Zirkusprinzessin“

Samstag, nachm. 3 1/2 Uhr:

„Das Dreimäderlhaus“

Lobe-Theater

Ring Tel. 6774

Mensitag, Mittwoch, 8 Uhr:

Ollapotrida.

Vorher:

Der Kammerjäger

Thalia-Theater

Tel. Ring 6700

Dienstag, Mittwoch, 8 Uhr:

Liebig-Theater

Tel. Stephan 34646

Täglich 8 Uhr

Das Variété der Welt-Sensationen

„Von Herrn Geringer“

Talchaha, Kompi in den

wäsenden Berber-Lover

Hensana Strabel

Der König d. Leuchtturme

u. weitere 8 Nummern.

Alle Nummern 1. 14 H. a.

John Geringer 3 1/2 Uhr

Familien- und

Klavier-Vorstellung.

Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Wollherge

Ring 90 30. a. 3.00 H. Mittel

92r 48-50 H. Weinwand

Am 8. Januar verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gastwirt

Augustin Fiedler

im 61. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz

Breslau, den 11. Januar 1927

Neudorfstraße 66

Marie Fiedler, geb. Wiesner
nebst Sohn Artur.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/4 Uhr, von der Halle des St. Salvator-Friedhofes. 26

Victoria-

Theater — 8 1/2 Uhr:

Letzte Tage der Schlachtkämpfe

Heute Dienstag ringen:

Beide Kämpfe bis zur Entscheidung!

Karisch gegen Bryll

Stolzenwalds. Pina. Ziti

Täglich 4 Uhr:

Amerik. Lechschlager

Kinder-Programm

10 Akte. Preis: 20, 30 u. 50 Pf.

CIRCUS

BVSCH

Heute 7 1/2 Uhr

erhalten Damen in

Leopold. Parkett

Opernplatz geschenkt!

Das Ereignis

von Breslau!

Das Fest aller

Manege-Schauspiele

Es klappert die Mühle

von Sanssouci!

u. alle Circus-Attraktionen.

Größtes Breslauer

Frack-Verleih-Institut

Gehrod. u. Smolting-Anzüge, Galaway mit gestreiftem Beinbleid, Paletots, Zylinder, Klapphüte, Frack-Mäntel, weiße Westen

Tel. Ring 1301

Hermann Mohaupt

nur Karlstraße 1, 1. Etage (Ecke Schweidnicher Str.).

Masken- Kostüme

in schönster Auswahl

höchst preiswert 24

Frau Antonie Aber

Breslau 8, Klosterstraße 96

(Seitenhaus II). Tel. 9. 9226

Genossen!

Genossinnen

Eure Familien-

anzeigen der

Volkswacht!

Leidwelle

Frack- Smolting- u.

Rod-Anzüge

C. P. Pöppel,

Röhlstraße 7/9, 1. Rilling-

Musikant

Pfeifen-Raucher

kauf! Stamp.-Abschn.

feinster Uebersee-Tabak

Probe-Liefer 45 Pf.

Schulde

C. Kretschmer



Dr. Senfner-Brot

Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungsmittel gegen Aderverhärtung und Lungenleid. Dr.-Senfner-Brot, durch Autoritäten glänzend begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich von anderem Brot.

Zu haben in allen durch Plakate gekennzeichneten Bäckereien u. Verkaufsstellen

Ellen Richter



SCHATTEN DER WELTSTADT

Ab heute, den 11. Januar, im

Promenaden

Dominikanerpl. Theater Promenade

Eine Spitzenleistung des Ellen Richter-Films.

5, 6 1/2, 8 1/2 — Volksmäßige Preise 0.50 bis 1.50 M.

Leihweise elegante

Frack- Smolting-

Anzüge

A. Patalong

Schneidermeister

Bischofstraße 3.

Ein Wort an die

Buchkarten-Buchbezieher

und an alle, die es noch nicht sind!

Die Nachfrage nach Corvins Buch „Der Pfaffenpiegel“ war äußerst rege. Nicht weniger als eintausend Exemplare verkauften wir in den letzten Jahren. Noch hält die Nachfrage unvermindert an. Die Vorrugsexemplare zum Preise von 2 Mark sind jedoch **endgültig** vergriffen. Wir ersuchen aber aus der überaus starken Nachfrage, wie groß das Verlangen nach Aufklärung in der klassenbewußten Arbeiterschaft ist. Das veranlaßt uns, ein **neues, weitaus umfangreicheres** Werk zu besorgen. Es ist dies Emil Rosenow's „**Wider die Pfaffenherrschaft**“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, **2 Bände**. Das Werk ist bereits im Buchhandel vergriffen. Die **Restauflage** (in unserem Besitz) können wir jedoch **an parteipolitisch und gewerkschaftlich Organisierte zum billigen Preise von 2 Mark**, statt bisher 20 Mark, abgeben. Emil Rosenow's Absicht war es, in ebenso populärer wie interessanter und dabei doch gründlicher Form einen wichtigen Abschnitt aus der Kulturgeschichte der Völker zu schildern und damit die Kenntnis des geschichtlichen Werdegangs der menschlichen Gesellschaft unter den Arbeitern zu verbreiten und zu vertiefen. Um den Leser noch besser in den Geist dieser Kulturstände einzuführen, sind Hunderte von lehrreichen und interessanten Meisterwerken der Künstler jener Zeiten, wie Porträts, Städteansichten, Flugblätter, Textbilder usw. in originalgetreuen Wiedergaben zur Illustration beigelegt. Wir lassen noch die Inhaltsangabe folgen, um weiter zu zeigen, wie besonders wertvoll gerade dieses Werk ist.

Erster Teil:

1. Eine zusammenfassende Welt- u. Kulturgeschichte der Welt.
2. Die Ketzereien der Welt.
3. Bei den Fürsten der Armen.
4. Von den Heiligen, den Königen und den Heiden.
5. Weiskerns, Zombai und Bekehrung.
6. Brich mit den Armen - Dein Brot.
7. Die Rhetorik der Pfaffen.
8. Panorama der Pfaffenkammer.

Zweiter Teil:

9. Die Hirse und die Heizer.
10. Das Erwachen des Geistes.
11. Der Landtagspunkt der Reformisten.
12. Der Mensch, der Papiet und der Kaiser.
13. Am Parabell der Revolution.

14. Die schwäbisch-fränkische Bauernrevolution.
15. Die bairisch-sächsische Bauernrevolution.
16. Das Ende des Bauernkrieges.
17. Der Untergang des mittelalterlichen Kommunismus.
18. Kirchenreform und Bauernverbrüderung in der Schweiz.

Dritter Teil:

19. Die Zerrüttung des Protestantismus.
20. Die Gesellschaft Jesu.
21. Die Religionskriege.
22. Die Heiligenprozesse.
23. Die Wurzel des Dreißigjährigen Krieges.
24. Der Dreißigjährige Krieg.
25. Die Gustav Adolf-Legende.
26. Deutschland nach dem großen Wech.
27. Rückblick und Ausblick.

Durch die von uns eingeführte Buchkarte ist jedermann in der Lage, sich dieses bedeutende Werk anzuschaffen, da er in Wochenraten von nur 50 Pf. bezahlen kann. Die Buchkarte gilt jedoch nur für hiesige politisch und gewerkschaftlich Organisierte.

Volkswacht-Buchhandlung

Breslau III, Neue Grapenstraße 5.

Damenmäntel 8 00
um zu räumen, non
auch mit Pelzbesatz.
Urban, Karlstr. 1, 2. Etg.

Herrenzimmer
gehobene Ausführung
1,80-2 Meter, eiche komplett
vertauft billig
C. Scholz, Ring 5, 1.

Trebnitzer
Rosfleischerei
Markthalle Gartenstraße
empfiehlt bis Sonnabend
prima verbes Fleisch,
Gehacktes u. Knoblauchwurst
à 3 Pfund 1 Mark.

Trodenes
Brennholz
Eiche, Buche, Birke,
ofenfertig
liefert von 5 Zentner an
den Zentner à 1.40 Mf.
frei Breslau

Osw. Lissel
Holzschuhwarenfabrik
Deutsch-Lissa
Telefon 104. 20



Die Verbindung zwischen Vortrag und Zuhörern

wird am leichtesten hergestellt bei Vorträgen, Konzerten, Ausführungen usw. durch geschmackvoll ausgeführte Druckarbeiten.

Alle Gewähr zur Befriedigung auch der verwöhntesten Ansprüche bietet die aufs beste eingerichtete

Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau 2 / Furtstraße 4/6
Telefon Ring 1206

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse d. Sprachschranken! Lernt die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Wir suchen zum sofortigen Antritt zur Aushilfe **tüchtige Verkaufskräfte**

für die Abteilungen:

2014

- Damen-Konfektion**
- Baumwollwaren**
- Wäsche, Schürzen, Korsetts**
- Trikotagen, Wollwaren, Strümpfe**
- Teppiche und Gardinen**
- Herren-Konfektion**
- Knaben- und Mädchen-Konfektion**

sowie außerdem

tüchtige Kassiererinnen

u. gewandte Kräfte für die Warenausgabe

Persönliche Vorstellung **heute** abend von 7-9 Uhr

Eingang: Bischofstraße 16

Lindemann & Co., A.-G.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. Januar.

Die Entlastungs-Offensive der „Selbsthilfe“ abgefragt!

In einer für gestern abend im „Schießwerder“ anberaumten, groß gebaueten Versammlung wollte die Geschäftsleitung der „Selbsthilfe“ in Breslau die in letzter Zeit gegen sie gerichteten Angriffe abwehren und einen neuen Propagandafeldzug für sich selbst eröffnen. Es ist nicht erstaunlich, daß dieses Vorhaben eine stattliche Reihe von Interessenten und Neugierigen anlockte, welche die Vorräume zum verunkeltesten Schießwerderfaal füllten und mit Spannung Abwehr und Angriff erwarteten. Es bleibt aber verwunderlich — und das steigert die Spannung bis aufs höchste —, daß es zu beiden nicht kam. Man erfuhr jedenfalls nach geraumer Zeit, daß die „Selbsthilfe“ am Montag vormittag die Versammlung abgefragt hatte. Offenbar fühlt sie sich nicht in der Lage, der Kritik entgegenzutreten. Diese ist tatsächlich in den letzten Wochen immer schwerwiegender geworden.

Was ist der Inhalt der Vorwürfe, die zunächst aus den Kreisen der Versicherten selber erhoben wurden und daher auch Unterstützung vor allem bei großen, in Mittelstandskreisen verbreiteten bürgerlichen Zeitungen? Man wendet sich in erster Linie begrifflicherweise gegen die ständige Erhöhung der Beiträge und die Herabsetzung der Leistungen des Unternehmens in den letzten Jahren. Ein solches Geschäftsgebahren kann nun zwar sicherlich den Versicherten selber nicht ernstlich sein, wäre aber vielleicht noch als Wandlung von einer Wirtschaft der gewagten Versprechungen zu solideren, wenn auch weniger werbefähigen, Genüssen zu deuten. Schwer zu entzweifelnd ist aber die Forderung, mit der die Versicherten zur Annahme dieser ungünstigeren Bedingungen gerade zu gezwungen wurden. Abichtlich wurde die größte Beitragsverhöhung (rund 100 Prozent) so spät bekannt gegeben, daß eine rechtzeitige Kündigung zum letzten Tage des abgelaufenen Jahres so gut wie unmöglich wurde. Die auf diese Weise zwangsweise in der „Selbsthilfe“ verbliebenen Mitglieder fürchten nun die Heranziehung zu neuen Nachschüssen und schließen sich teilweise zu dem bereits erwähnten gerichtlichen Vorgehen gegen das Unternehmen zusammen.

Nach bedenklicher müssen die Vorwürfe gegen die bisheriger Methoden der Ausgabenbedeckung und der Bilanzgestaltung der „Selbsthilfe“ stimmen. Die erwähnte Landtagsanfrage stellt fest, daß die Gesellschaft infolge Mangels jeder Kapitalreserve ihre sehr hohen Verwaltungskosten bisher aus den sogenannten „Einnahmen“ bestritten hat. Die Sicherheit des Unternehmens für den Fall einer Krise, wie er durch eine sogenannte Schabenslawine oder durch die jetzige öffentliche Kritik entstehen muß, kann unter solchen Umständen allerdings nur als überaus zweifelhaft bezeichnet werden. Dieses Bild wird dadurch nicht gemindert, daß die Bilanzen offensichtlich in unzulässiger Weise „kripiert“ sind. Die „Selbsthilfe“ arbeitet in enger Verbindung mit der Provinzial-Haftpflicht-Gesellschaft, indem sie dieser die Einziehung ihrer Forderungen an beiden Orten überträgt, was sie keine eigenen Verwaltungen besitzt. In der Bilanz für das Geschäftsjahr 1925 werden nun die rückständigen Forderungen an die Mitglieder, also höchst unsichere Beträge von erheblicher Höhe (1,7 Millionen), als Forderungen an „öffentliche Körperschaften“ angegeben. Tatsächlich ist der ansehnliche Schuldner, die Provinzial-Haftpflicht-Gesellschaft, aber verabsichtigt, Bürgschaften für die „Selbsthilfe“ nicht höher als bis zu 100.000 Mark zu übernehmen!

Die Kontrolle dieser Dinge hat offensichtlich durch den Aufbau der provinziellen Unternehmungen große Mängel gehabt, der es z. B. möglich macht, daß die „Selbsthilfe“ öffentlich darauf hinweist, sie stände unter Kontrolle der Provinz, während tatsächlich der Provinzial-Lauschuß nach unseren Informationen über die bedenklichen Finanzgeschäfte der Provinzial-Haftpflicht-Gesellschaft mit der „Selbsthilfe“ nie ins Bild gesetzt wurde und nach Ansicht des Landeshauptmanns das auch nicht notwendig war. Ein derartiger Gegenfall zwischen angeblicher und wirklicher Kontrolle grenzt zweifellos an Betrug. Er wirkt um so bedenklicher, als der Landeshauptmann v. Thaeer gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrats der „Selbsthilfe“ und sein Landesrat Dr. Krüger nebenamtlich Geschäftsführer des Unternehmens ist.

Unsere Genossen im Landtag haben bekanntlich bereits vor mehreren Wochen eine staatliche Untersuchung verlangt. Wir haben keinen Zweifel, daß sie damit durchbringen, zumal auch die Provinz Oberschlesien sich für diese faulen Geschäfte bei der Auseinandersetzung mit Niederschlesien interessieren dürfte. Auch die provinziellen Kontrollinstanzen werden die Dinge nicht so weiter machen lassen wollen, da ihnen schon jetzt aus den Kreisen der versicherten Mittelständler die schwersten Vorwürfe gemacht werden.

Die zahlreichen Prozesse, die die „Selbsthilfe“ wegen der höchsten Nachschüsse gegen ihre Mitglieder wird führen müssen wenn sie nicht teilweise auf diese Leistungen ganz verzichten will, wozu sie nicht in der Lage sein dürfte), werden das Vertrauen zu dem Unternehmen nicht erhöhen. Wie jetzt überhaupt noch eine Sanierung dieses leichtsinnig aufgebauten Unternehmens möglich sein soll, ist gar nicht abzusehen, da bankmäßige Hilfe nach dem heutigen Stande kaum zu erwarten sein wird und der Herr von Thaeers großzügige Hilfe nun wohl am Ende ist. Der hier angeblich wieder einmal „getretete“ Mittelstand ist wieder einmal von seinen feudalen Gönnern getäuscht worden!

Von der Grippe.

Das städtische Gesundheitsamt teilt uns über die Grippeerkrankungen in der Stadt folgendes mit: Die Grippe ist keine meldepflichtige Krankheit. Die mitteleitenden Beobachtungen sind deshalb nicht lückenlos, und es kann aus ihnen für die Gesamtverhältnisse nur ein vorsichtiger Schluß gezogen werden. Die Ermittlungen in den städtischen Krankenhäusern, bei der größten hiesigen Krankenkasse und bei den Standesämtern zeigen seit Weihnachten bis in die erste Januarwoche hinein ein immerhin beträchtliches Ansteigen der ermittelten Grippe-Erkrankungen. Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen der Vorjahre ergibt eine Zunahme von mindestens 60 bis 100 Prozent und auch mehr. Im Gegenjahren früheren Epidemien tritt die Krankheit diesmal überwiegend in leichterer Form auf. Zu schwereren Erscheinungen der zum Tode hat sie bisher selten geführt. In den wenigen Fällen dieser Art sprechen in der Regel besondere Umstände, wie bereits vorhandene schwächende Krankheit oder hohes Alter mit. Zur besonderen Beunruhigung liegt zurzeit kein Anlaß vor. Große Vorsicht ist natürlich am Plage und besonders geübt an Stellen, wo eine Ansammlung von Menschen die An-

steckungsgefahr vergrößert, so in der Straßenbahn, in den Versammlungsstätten, Versammlungen usw. Kleine Ursachen können die größten Wirkungen auslösen. Es könnte aber schon viel erreicht und vorgebeugt werden, wenn alle Menschen sich die einfachsten Regeln öffentlicher Hygiene aneignen, das ungewohnte Aushauchen unterlassen und sich beim Husten das Taschentuch vor den Mund halten würden. Die Bevölkerung wird, soweit nötig und möglich, über die Vorhältnisse auch weiterhin unterrichtet werden.

Zu Dr. Stadthagens Schavortrag

am Mittwoch, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses und Programme in den bekannten Stellen zum Preise von 60 Pf noch erhältlich. Bildungsausschuß der Breslauer Arbeiterschaft.

Für Eltern der Pestalozzi-Schule.

Zur Elternbereitschaft für die Schule 60 (Pestalozzi-Schule) findet heute, abends 8 Uhr, im Lokal „Felschhöfchen“, Weinstraße 53, eine öffentliche Elternversammlung statt. Redner ist Genosse Rektor Gabriel.

Mittwoch, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Ramert, Brigittenal 16, eine öffentliche Elternversammlung mit dem Lehrer Herrn Schirdewahn als Redner. Thema: „Die Elternbereitschaft — ein Kampf um die Schule“. Denkt an das Wohl eurer Kinder, wählt die Liste „Schulfortschritt“. Die Wahl findet Sonntag, 16. Januar, statt.

Liebrecht-Luzemburg-Gedächtnisfeier.

Auch die Sozialistische Arbeiter-Jugend veranstaltet Sonntag, den 16. Januar, abends 7 Uhr, eine Gedächtnisfeier für Karl Liebrecht und Rosa Luxemburg. Sie findet im Magdalenen-Gymnasium, An der Magdalenenstraße, statt und weist folgende Vortragsfolge auf: 1. Massengesang: „Wohlan wer Recht und Freiheit achtet“; 2. Sprechchor: „Der Riese“; 3. Massengesang: „Kriegsgeheimnis“; 4. Dr. W. v. Grumbow liest aus Briefen von Rosa Luxemburg und Karl Liebrecht; 5. Gedächtnisrede von Prof. Dr. Ward; 6. Massengesang: „Russischer Trauermarsch“; 7. Refigat, nicht überwunden“; Gedicht von K. Liebrecht; 8. Sprechchor: „Hymnus“ von E. Heine; 9. Schlußlied.

Sorgt für Massenbesuch!

Zur Arbeit der Kinderfreunde.

Bei der Jahres-Endfeier der Jungsozialisten ist auch die Arbeit der Kinderfreunde erwähnt worden. Der Kritiker, dessen Rede vielleicht zu scharf kritisch, vielleicht auch bloß zu scharf aufgefaßt wurde, legt mit uns Wert auf folgende Feststellungen: Die Kinderfreunde stehen programmatrisch auf dem Boden der weltlichen Schule, als deren Ideal sie die Schule ansehen, die neben der Reform der Methode des Unterrichts, auch den Inhalt des Unterrichts im sozialistischen Sinne gestaltet. Das neue Liederbuch „Der jugende Tag“ ist auch nach unserer Meinung verbesserungsbedürftig. Die Kinderfreundebewegung ist durchaus sozialistisch. Kinder proletarischer Eltern sind bei ihr gut aufgehoben.

Kundenbehandlung bei der Post.

In jedem Geschäft wird man anständig bedient, die Post scheint das ihren Kunden gegenüber nicht nötig zu haben. Herr Kaufmann Schmidt, Schönstraße 7, schied am Sonnabend vormittag, gegen 11 Uhr, seine Tochter zum Postamt 23, Steinstraße, um Briefmarken zu holen, es sollten aber keine Fredericus-Reg-Marken sein. Der Schalterbeamte, der alles andere als Republikaner zu sein scheint, gab dem Fräulein zur Antwort: „Andere Marken gibt es nicht heraus, geben Sie zum Kaiser Briefmarken holen.“ Das Fräulein ging unversichteter Sache wieder nach Hause. Darf so etwas vorkommen? Der Beamte erscheint ungeeignet für den Schalterdienst. Er muß wissen, daß die Fredericusmarke von den Republikanern abgelehnt wird, und daß besonders ein Geschäftsmann seine Briefe damit nicht frankieren kann, wenn er nicht Anstoß erregen will. Uebrigens ist die Post für das Publikum da, und nicht das Publikum für die Post. Das Publikum darf verlangen, bei der Post ebenso anständig behandelt zu werden, wie in jedem Privatgeschäft.

Zirkus Busch.

Der erste Teil des allabendlichen Zirkusprogramms wird weiter von den schon besprochenen hervorragenden Künstlern ausgefüllt. Den zweiten Teil füllt jetzt ein großes Manegestück. Die Direktion läßt wissen, daß sie damit nicht politisch werden wollte, aber die Republikaner wollen von Fredericus Reg nicht einmal auf der Briefmarke etwas wissen, die doch auch „unpolitisch“ ist, mithin dürfte die „Mühle von Sanssouci“ den Zirkus kaum so gut ernähren, wie sie einst ihren Besucher ernährt haben mag. Es handelt sich um die bekannte Geschichte, die einst den Kindern in der Schule vorgelesen wurde. Sie ist mit Gesicht in Szene gesetzt und die Darstellung ist nicht übel. Zum Schluß dann Parade und Fredericusmarch. Schade, daß soviel Mühe und Aufwand gerade an den Fredericus verschwendet wurde, der sich in den letzten Jahren dadurch um alles Ansehen brachte, daß er mit den „vaterländischen Verbänden“ durch alle Pfützen jagt. Hat Busch das nötig? Ist er nicht seinerzeit schon mit dem Braubrunnen-Quell gequält worden? Die Konkurrenz für die Hochensollen hat sich doch inzwischen noch weiter verschlechtert.

Ringkämpfe im Viktoriatheater.

Am Montag begann der allseits mit Spannung erwartete Entscheidungskampf zwischen Pinecki und Brylla. Obgleich Brylla sich gut verteidigte und auch beherzt angriff, blieb er schließlich doch in dem gefährlichen Spezialgriff des Polen für eine Weile hängen, so daß seine Niederlage fast besiegelt schien. Zur allgemeinen Heberzählung der Zuschauer sprengte aber Brylla den Doppelkessel, konnte jedoch infolge hochgradiger Erschöpfung nicht weiter kämpfen. Deshalb wurde der Kampf sistiert und die Entscheidung ausgesetzt. Beide werden also bis spätestens Freitag noch einmal ihre Kräfte aneinander messen.

Wildmann-Budapest, der schon wiederholt Besiegte hatte, erlitt durch Karisch eine erneute Niederlage.

Einen hochinteressanten Kampf des griechisch-römischen Stils lieferten Stolzenwald und Kawan. Mehr als einmal stand Kawan in Gefahr, der ganz ausgezeichneten Technik Stolzenwalds zu unterliegen. Nach zwei Gängen wurde der Kampf als unentschieden abgebrochen. — Für die letzten Entscheidungstage sind noch folgende Kämpfe vorgezehen: Karisch — Brylla und Stolzenwald — Pinecki.



INTERNATIONALE LEAGUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK

Das soeben erschienene Heft Nr. 1 (Januar 1927) bringt u. a. folgende Artikel: Dr. Karl Renner-Wien: Der Streit um die Demokratie. — H. N. Brailsford-London: Die verlorenen Schlachten der englischen Bergarbeiter. — Dr. Gregor Bienstock-Frankreich vor der Stabilisierung. — Karl Kautsky, Da Man als Lehrer. — Bücher usw.

Bestellungen zum Heftpreise von 1,50 Mark nehmen die Zeitungsboten und alle Fortschreibhandlungen entgegen.

Die Eigenunternehmungen der Arbeiterschaft.

Eine Stütze im proletarischen Befreiungskampf.

Man läßt in Breslau 50.000 Menschen — mit ihren Angehörigen 90.000 — mangels Beschäftigungsmöglichkeit hungern. Redet viel von der Faulheit jener Armen, maßlos ihnen die mangelhafte Erwerbslosenunterstützung und — baut Kirchen und Anstalten! Neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen und durch Förderung der Senjationslust nimmt man den Armen auch den letzten Groschen noch aus der Tasche. Wenn wir uns das alles betrachten, muß jeden denkenden Menschen ein Jörn erschallen. Aber nicht ein Jörn, der zur Zerstörung drängt, sondern ein Jörn, der Hilfe sucht, die dem Leidensgenossen bringt, ihm den Weg der Liebe und Solidarität weist, ins Glück führt.

Wenn sich wie überall um uns, der Kapitalismus aufs neue an die Steigerung der Ausbeutung macht, müssen sich die Ausgebeuteten nach Abwehrmitteln umsehen. Der Weg dazu ist uns längst gewiesen: Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei, Bildungs- und Kulturverein!

Die Gewerkschaft als Verband der Berufsgenossen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist hinreichend bekannt und bedarf im Rahmen dieses Aufsatzes kaum noch besonderer Erwähnung. Freilich auch ihr Rekrutierungsgebiet (besser Aufklärungs-) Gebiet ist noch nicht erschöpft, immerhin, das Beschäftigungsgebiet der Arbeiter, Handwerker, Angeestellten und Beamten langsam aber sicher durch.

Anders die Genossenschaft, wirtschaftlicher Gegner der Truppe, deshalb mit Recht: Trupp der Konsumenten genannt. Einst als utopische Idee in größter Eile von wenigen Idealisten erstmalig als Kampf- und Abwehrmittel in Louis Dale angewandt, ist ihre Weite heute über die Welt verbreitet. Was ihr fehlt, ist die Begeisterungstreu der Arbeiter, der Masse. Die in abhängiger Stellung ihrem Proleten nachgebende Kleinstmasse der Arbeiter und Angestellten, die wenn sie einig wären, mit einem Schlage hunderte ihrer Widersacher und Bedränger wirtschaftlich durch die Konsumgenossenschaft lahmlegen könnten, heilen um Neujahr mit: „Herzlichem Glückwunsch!“ Das neue Jahr der Arbeit kann jeden Tag beginnen, seine Wohnung ist: Gleichheit, Brüderlichkeit, Solidarität. Solidarität auch mit den Angestellten der Firmen, denen Zuehörigkeit zur Organisation bei sofortiger Entlassung verboten ist, und die täglich zwölf Stunden arbeiten „dürfen!“ Ihr könnt es, indem ihr alle kleintlichen Bedenken zurücklasst und unerschütterlich Mitglied der Konsumgenossenschaft werdet und alle Bedarfsgegenstände dort kauft. Mit dem sich dadurch steigendem Umsatz wächst der Gedanke der Eigenproduktion zur Tat. Den bestehenden Genossenschaftsbetrieben für den Massenkonsum werden sich Betriebsbetriebe anschließen. Abkäufer werden vermehrt werden. Einstellungsmöglichkeiten für Genossenschaftler ist die Folge. Der Gegner kämpft mit der kapitalistischen Zeitung, den „Neuesten Nachrichten“, mit dem Sport-, Turn- und Geselligkeitsverein als seinen besten Waffen. Die Weitschweifigen, die Arbeiter, Angestellten, Hausfrauen und die Jugend laufen dorthin wie die Ratten zum Flößchen von Samsel. Der Weg ist breit und bequem, führt die Ratten in Noz und Glend, die Arrangure zu Reichum und Glück! Warum erkant ihr das nicht? Weil ihr keine Zeit zum Nachdenken habt! Ihr dürft auch nicht denken, weil das das Ende der bestehenden Wirtschaftsordnung bringt! In den Zeitungen sind so schöne Geschichten, in den Vereinen ist so viel Gemütsarbeit, daß man gar nicht denken braucht. Und hätte man wirklich einmal etwas Zeit, dann winkt das Kino oder das Bier, der „Pils“, der „Tetter“ Endes die Ermüdung, der Schlaf. So bleibt die Ordnung, die richtig Unordnung ist, die die Massen scheidet und erhält.

Unsere Sportvereine sind bereits viel größer als die bürgerlichen. Unsere sportlichen Leistungen werden von Medizin und Wissenschaft als Gesundheitsförderer anerkannt, von Regierung und Bürgertum verachtet und verurteilt. Aber, wo noch in der Welt gibt es eine Turn- und Sportliche, wie die des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes Deutschland in Leipzig? Wer hat sie finanziert? Die sporttreibenden Arbeiter! Das Reich mußte die Ruhrindustriellen mit 700 Millionen füllen. Die Turnschule hat nur 1 1/2 Millionen gekostet!!

Die Gewerkschaften und die Sportbünde haben eigene Verlagsanstalten neben den Druckereien der Partei. Für Schließen bestehen in Breslau drei Sportartikelgeschäfte auf genossenschaftlicher Grundlage. Fahrräder, Nähmaschinen usw. erhält der Kassengenosse und der es noch werden will, im Fahrradhaus „Friedrich“, Kitzbühlerstraße, am Königsplatz, das 1926 doppelt so viele Fahrräder umsetzte, als in dem guten Jahre 1925. Ein Beweis für die gute Qualität der Ware. Die Arbeiter-Turner haben sich Friedrich-Wilhelm-Straße 69 eine „Sport-Zentrale Schließen“ geschaffen. Dort erhält man alle mit Sport irgend wie zusammenhängenden Artikel und durchschnittlich 10 Prozent billiger als in Privatgeschäften. Obwohl das Geschäft erst fünfzig Monate alt ist, läßt die Umsatzkurve in steigender Bewegung die größten Öffnungen zu. Wenn ihr für die Kleinsten Turnanläufe braucht, für die größeren Kinder Schaullein, Schlitzen, Rucksäcke, verlaßt es einmal dort, euer Sinn für die Genossenschaft wird sich weiten. Tägliche Bekleidung verkauft euch, ebenso wie Wirtschaftsartikel und Lebensmittel in bester, preiswerter Qualität der Konsumverein „Vorwärts“. Der Arbeiter-Athleten-Bund hat den Vertrieb seiner Verlagsartikel dem Sportverein Kawan übertragen. Kawan kann ein Versuch noch empfohlen werden.

Die Sozialdemokratische Partei ist durch ihre ständigen großen öffentlichen Versammlungen und ihr Wirken durch Abgeordnete in Gemeinde-, Stadt-, Land- und Reichsparlament jedem Menschen bekannt geworden. Wer sie noch nicht kennt, gehört zu denen, die zwar nicht im Verstande, aber im bürgerlichen Sportverein sind, und keine Zeit haben, sie zu erforschen, ob es ihnen gut geht oder den Besitzenden schlecht. Sie werden die Besten sein, denen geholfen werden kann.

Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft haben endlich auch ein Geldinstitut geschaffen, das für sie Geld anzieht und verwendet. Wer gerade in diesen Tagen gelassen hat oder noch leihen wird, welche respekablen Summen in Goldmark seit 1. Februar 1924 bei den Kommunalen oder Kreisparten wieder gesparrt worden sind, wer nachforscht und erfährt, daß diese Gelder an Handel und Industrie ausgeliehen werden, in deren Unternehmen für den Kapitalisten und gegen den Arbeitenden sich wucherisch vermehren, der weiß, daß er jede irgendwie erübrigende Mark nur in der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“, Margaretenstraße 17, einzahl, auch dann, wenn er bereits bei der Sparkasse oder einer Privatbank ein Konto hätte, wie sicher leider so sehr viele, die sich dadurch bildlich selber schlagen. Nehmet sofort Kündigung und Ueberweisung vor.

Wenn ihr ein Buch kauft, gleich welchen Stoffes und Inhalts, fragt euren Zeitungsverlag darum, der geringe Verdienst hieraus fließt in die Arbeiterbewegung, nicht zum privaten Kapitalisten, eurem Feinde.

Wasserstand

Table with 3 columns: Station, Date (11. Januar), and Water Level. Includes stations like Rastow, Weisse (Stolz) and Weissenburg (Unter-Bege).

Bühne und Film.

Stadt-Theater.

Humperding: „Hänel und Gretel“.

Es ist nett, daß der Märchenoper des leider schon recht verklärten Wagnerianers stets um die Weihnachtszeit ein besonderes Aushilfsplätzchen im Spielplan reserviert bleibt. Helmut Seidelmanns Musikleitung bemühte sich in der Hauptrolle um die Hervorhebung des reichlich vorhandenen tonmalerschen Elements. Dem guten Einvernehmen zwischen Kintobach und Dreßler hätte keine Aufmerksamkeit indessen ebenfalls gelten dürfen. Die weibliche Hauptpartie war bei Sibbe Armbruster in besten Händen, die munter umherzutollen, in der Knusperhexenepisode ihre Verdrängung recht überzeugend zu gestalten und ihren zierlichen Koloraturspran für die — gar nicht anspruchsvolle — Gesangspartie zurechtzufügen wußte. Ein früherer Bub war wieder Helene Malowstys Hänel, und Margta Reich, Geria Böhlle und Karl August Reumann vertreteten eindrucksvoll die anderen führenden Partien. Wir wissen aus früheren Leistungen, daß Margarete Schurz (Taumännchen) Gesangsregie deutlich beherrschen kann. Obwohl die Aufführung auf den zeitigen Abend festgesetzt war, fehlten die kleinen Märchenfreunde fast völlig. W. S.-ber.

Lobe-Theater.

„Olapotrída“.

Wenn... nicht der Preis in mildem Tantiemenlichte das Haupt Alexander Permet-Solentias umschwebte... wer weiß, welche Bühne sich seiner so angenommen hätte. So haben wir seine Komödie „Olapotrída“ sogar in Breslau. Wo ist euer Mut, ihr Herren Theaterdirektoren, nach dem Unbekannten zu greifen, wenn es nicht quasi schon mit Silbert und Zirma für die Literaturgeschichte von jemandem zurecht gemacht worden ist. Gegen den zu murren schon der Anstand verbietet. Und den gekronten Autor aufzuführen die Neugier des literarisch interessierten Publikums verlangt.

Permet ist ein raffiniert starker Bühnenautor, der seine Menschen mit der Gründlichkeit eines Rätsellösers aufzieht. Er räumt sich mit der Geschicklichkeit eines Sherlock Holmes seine Verwicklungen im Voraus, um sie im Laufe des Spieles aus dem Handgelenk zu lösen. So bringt er die unbedingte lustige Wirkung heraus. Mit einem Fehler: daß er manchmal bis zum Tode brei schlägt. Das ist Mangel an Einfällen. Auch das literarisch eingestellte Publikum läßt sich leicht durch Kluff zum Beifall und zum Geschmügel hinreißen. „Olapotrída“ ist der Beleg dafür.

Dieser Henninger, der Held, ist auch ein Hauptkeel. Einer, der jeder, aber auch jeder Schwierigkeit ruhig ins Auge sieht. Er verdirgt in seiner Wohnung, die nur einen Ausgang hat, die Frau seines Freundes, mit der er selber eben ein Schäferhündchen hatte, und zwei weitere Frauen auf Abwegen, die eben dieser Freund ihm auf den Hals bringt. Das Unglück will, daß hinter einer dieser Frauen der eifersüchtige Chemann, ein Offizier, wie ein Wilder her ist. Er bringt auch noch den Vater und den Bräutigam des Mädchens mit, die er, mit Recht, bei Henninger verborgen glaubt. Aber während blinde Eifersucht in dem Zimmer wütet, wo eben noch alle drei Damen in traulichem Beisammensein auf die Stunde ihrer Befreiung warteten, verlassen diese unter Henningers Obhut durch den einzigen Ausgang der Wohnung das Haus. Als Genasführer und Gehörnte bleibt schuldbewußt ein seltsames Trio auf der Bühne.

Paul Barnay hatte sein Möglichstes getan, quirlendes Leben in die Sache zu bringen. Das ist ihm auch glänzend gelungen. Das Bühnenbild, ein mächtiges und prächtiges Zimmer, schien mir etwas zu großzügig für eine so kleine Angelegenheit. Jantimus mag so leicht verloren gehen.

Aus Schlesien.

Fehlende Abrechnungen.

Ziel größer ist die Zahl der Ortsgruppen, die diesmal ihre Abrechnung für das letzte Quartal 1926 bereits eingeleitet haben; aber immer noch fehlt eine große Anzahl. Wir richten hiermit den dringenden Appell an alle die Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben, das sofort zu tun. Bis zum 15. Januar 1927 müssen wir alle Abrechnungen haben. Wir machen dabei noch einmal darauf aufmerksam, daß die ordnungsgemäß ausgefüllte und unterzeichnete Abrechnung und das Geld zusammen abgegeben werden müssen. Eins allein hat keinen Zweck. Ebenso dringend notwendig ist es, sämtliche jetzt im Umlauf befindlichen Beitragsmarken mit der Abrechnung einzusenden. Für alle die Marken, die nicht eingeleitet werden, muß der darauf entfallende Betrag mit eingeleitet werden. Ab 1. Januar 1927 gibt es eine neue Beitragsmarkte. Der Bezirksvorstand.

Vorstandswahlen.

In den jetzt in allen Ortsgruppen stattfindenden Generalversammlungen wird auch die Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes und der sonstigen Funktionäre vorgenommen. Wir bitten, diesen Punkt der Tagesordnung aufs gewissenhafteste zu beachten. Dringend ersuchen wir aber darum, daß uns die evtl. neuen Adressen der Vorsitzenden und Kassierer unverzüglich mitgeteilt werden. Das ist notwendig, wenn der Verkehr des Bezirksvorstandes mit den Ortsgruppen nicht ins Stocken geraten soll, damit alle unsere Zusendungen in die richtigen Hände kommen. Der Bezirksvorstand.

Colban in Oberschlesien eingetroffen.

Der Leiter der Sektion für nationale Minderheiten im Völkerbundssekretariat, Sir Erik Colban, ist heute hier in Breslau eingetroffen. Zu seinem Empfang waren unter anderem der Wohnobdachungssekretär und der Präsident der Gemischten Kommission, Calander, erschienen.

Verhandlung im oboerschlesischen Schulstreit?

Der Direktor der Kinderabteilung des Völkerbundssekretariates, Colban, ist, wie uns aus Genf gemeldet wird, nach Oberschlesien abgereist, um in dem Schulstreit mit Polen eine Verhandlung herbeizuführen, damit der Völkerbundstat sich damit nicht zu beschäftigen braucht.

Amstsch. Brandstifter am Werk. Schon wieder müßte ein Schadenfeuer im Landkreise. Brandstifter trachten einen großen Strohschaber des Gutsbesizers Schlich in Langenöls in Brand. Das Feuer vernichtete den Säcker vollständig. Auch in diesem Falle fehlt von dem Täter noch jede Spur.

Amstsch. Selbstmord aus Lebenskummer. Ein Liebesdrama spielte sich im nahen Wischlowitz ab. Dort war der Arbeiter Walter Lohje mit seiner Braut in Streitigkeiten geraten, die sich am Sonntag Abend zu einem ernsten Zerwürfnis gestalteten. In der Erregung hielt der nahen Lohje einen Revolver und schoß sich eine Kugel durch den Kopf. Er fand auf der Stelle tot um.

Lauban. Die Lage der Taschentuch-Industrie. Des Jahr 1926 war für die Taschentuch-Industrie ein schlechtes. Unter dem Einfluß des Auslandes, das die deutschen Seiden-erzeugnisse vor denen anderer Länder wieder schätzen lernt, vor allen Dingen durch das Ausschalten belgischer und französischer

Einen prächtigen Henninger schuf Rudolf Platte, dessen famose Burleske überlegenes Spiel war. Eine seine Töne von eifersüchtigem Offizier war Louis Oswald als Hauptmann Rosenkopf, während Otto Ed. Halle den Kasparus als lustigen Schmuser hinstellte, mitunter stark übertrieben. Ganz famos auch Alfons Fink als Bedienter. Er paßt blendend in diese Rolle. Vili Barnay als Frau Kasparus hätte ich mir liebender denken können. Die Frau Kasparus war nicht erreicht als erlebt. Temperamentvoll Elisabeth Tuerichmann als Frau Rosenkopf, mit einem Schuß Lachen in der Kehle, das echt ist. Else Berns als Braut in der Zwischenszene eine ganz hübsche Leistung.

Vorher gab man Webedelns „Kammersänger“, ohne zu überzeugen, daß man bei uns Webedelns spielen kann. Carl Behz hatte, ohne von der Schabone abzuweichen, ein sehr verbrauchtes Bühnenbild als ausreichend empfunden. Eine erstklassige Erscheinung war nur Walter Gynst als Professor Dühring. Josef Reim als Kammersänger enttäuschte fast. Ungebündelt und unbedeutend in der Sprache war sein Kammersänger eher ein fuchtelnder Komödiant, als ein überlegener Heidenjäger in der Unsterblichkeitsposse. W. M.

Filmschau.

L. L. „Carmen“. Den zweiten Carmen-Film, diesmal mit der jungen Spanierin Raquel Meller in der Hauptrolle, besichert uns die Ufa. Das Filmanuskript lehnt sich nicht an die Oper, sondern an Prosper Mérimés Noelette an, von der die Oper allerdings nicht allzusehr abweicht. Die Milieu- und Landschaftsbilder des Filmes sind gut und wirken echt und überzeugend. Auch die Volkstypen sind sehr gezeichnet, besonders in den Bildern aus der Schmugglerbande glaubt man Gestalten aus den Bagabundenromanen des Cervantes oder aus Bildern von Murillo zu sehen. Raquel Meller spielt gut, aber ohne Feuer, besser spielen Dan Jost und der Einäugige. Eine Massen-szene von großer Wirkung wäre die des Stierkampfes — ja, wäre es, wenn nicht der ganze, gute Film unter der ungeschicklichen und unplatigen Photographie litt. Daß der Photograph auch anders konnte, beweisen einige Innenaufnahmen.

Glebermaus-Nachspiele. „Das weiße Köhl.“ Das würde auch den alten Theaterbesuchern Bismarck und Kadelburg Freude gemacht haben, wenn sie ihr weisses Köhl über die Leinwand hätten jähren lassen. Alles, was sie im Stück nicht sehen und fühlen lassen konnten, das hat nun der Film aufgegriffen und bis zum letzten Punkte ausgekostet. Und siehe, es stellt sich heraus, daß eine Harmlosigkeit auch im Film viel und lautes Lachen hervorrufen kann. Zumal der Text zu den Bildern eben auf Leute zurechtgeht, die mit der Sprache umzugehen verstanden. Henry Bender als Glückstrumpfabrikant ist eben eine ganz entzückende Angelegenheit. — Vorher gab Harold Lloyd einen tapferen Feuerwehmann in einem Grotesk, der einfach ein Schläger ist.

Jupiter-Nachspiele. „Guillotine.“ Der Indizienbeweis ist ein ebenso dankbarer wie beliebter Ausgangspunkt umfangreicher Filmtragödien. In diesem Falle gelangen seine Opfer in die Trostlosigkeit der Zwangsarbeit, ja sogar bis auf das Blutgerüst. Die eigentliche Handlung des Filmes gehört zu der Gattung: unheilvolle Lebenswege alleinstehender junger Mädchen, aber gewiß nicht zu den schlechtesten Erzeugnissen darunter. Der Manuskriptverfasser kreiert scharfe Charakterisierung der Hauptakteure an. Kein Wunder, daß sich auch Regie und Architektur in laubester Befassung befinden, wenn erprobte Kräfte wie Rintke, Ledebour, Albers für treffende Personengestaltung eintreten. Marcella Albani weiß in der Doppelrolle als Mutter und Tochter ähnlich geartete Frauengestalten mit ihren äußerlich nicht leicht erkennbaren, aber doch tiefstehenden feinen Wesensunterschieden lebenswahr zu zeichnen.

Erzeugnisse, die wegen der niedrigen Valuta im vergangenen Jahre viel gekauft wurden, jetzt aber durch die Stabilisierung des Franken wieder in den Hintergrund treten, beginnt sich das Geschäft zu heben. Metallarbeiten werden Weber und Weberianen eingestellt, und an die Stelle der Kurz- wird Vollarbeit gesetzt.

Hogerswerda O. Drohende Schließung der Eisenbahnwerkstätten. Am Sonnabend verbreitete sich in Hogerswerda die Meldung, daß die dortige Eisenbahnwerkstatt nun endgültig geschlossen werden soll. Kommt dieser unheilvolle Beschluß zur Durchführung, so müßten rund 250 Arbeiter entlassen werden! Hieron sind annähernd die Hälfte über fünfzig Jahre alt, die eine Dienstzeit von 25 bis 40 Jahren hinter sich haben. Sie haben ihre junge Arbeitskraft der Eisenbahn zur Verfügung gestellt, — nun, da sie alt sind, lassen sie in unverantwortlicher Weise auf die Straße fliegen und dem Hunger preisgegeben werden. Es wird sich kein Arbeitgeber finden, der diesen alten Arbeitern Beschäftigung geben wird. Da ohnehin gegen 1150 erwerbslose Personen im Kreise vorhanden sind, würden zweifellos die entlassenen Eisenbahner ebenfalls der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen. Ledige Leute sind infolge der bereits früher schon durchgeführten Abbaumassnahmen in der Werkstätte in Hogerswerda so gut wie nicht mehr vorhanden. Man kann also zu den 250 Arbeitern ebenso viele Frauen rechnen; hierzu kommen, wie bereits feststeht, etwa 360 Kinder unter 16 Jahren, so daß also rund 900 Menschen mehr auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sein würden.

Die geplante Schließung der Werkstätte in Hogerswerda ist auf eine Verfüng der Hauptverwaltung zurückzuführen, wonach im Werkstättenausgleichsbezirk Dresden, zu dem Hogerswerda gehört, die Gesamtbeschäftigten der Werkstätten auf 11.500 Personen reduziert werden soll. Zweifelslos befindet sich die Reichsbahnverwaltung bei Erarbeitung solcher Sparmassnahmen auf einem ganz falschen Wege. Die Arbeiterchaft und mit ihr die breite Öffentlichkeit sind vielmehr der Meinung, daß zunächst die ungeheuren Mittel, die dem sogenannten „Leistungsfonds“ (genannt Korruptionsfonds) zugeführt wurden, eine bessere Verwendung finden würden, wenn sie zur Vornahme der Arbeiter bereitgestellt würden. Nisige Summen könnten gepart werden durch Aufhebung der vielumstrittenen Personal-Betriebshilfe (früher Technische Nothilfe genannt) und vor allem auch des Bahnzuges.

Reife. Sankt Bürokratismus. Am 18. Dezember hatte der Ratsturm in Reife Plaggenhalm angelegt. Alle Welt fragte sich: Was ist los? Niemand konnte Auskunft geben, und auch der Magistrat stand vor einem Rätsel. Dieses läßt sich jetzt erst wie folgt: Eine Scheuerfrau hatte früh unter dem Schreibtisch des Herrn Sekretärs einen Zettel gefunden, auf dem stand: „Sofort flaggen!“ Sie legte den Zettel, der die Unterschrift des betreffenden Dezeranten und auch ein Datum trug, feyn läublich auf den Schreibtisch. Als der Herr Sekretär kam, genigte ihm ein kurzer Blick, um den Zettel in Umlauf zu setzen und so erschien dann prompt nach kurzer Zeit die Plagge am Ratsturm. Als man später den Zettel genauer besah, war das Datum von früherer Zeit von einem sogenannten Plaggentage.

Hindenburg O. Vom Laßtums tödlich überfahren wurde beim Überqueren der Straße der 15-jährige Bruno Beß.

Reichow. Von Banditen erschossen. Zwei maskierte Banditen betreten die Wohnung des Kaufmanns Kasell Rosenbergs in der Obereschlesischen Straße zu Jannette in der Nacht, zu rauben. Als die Kinder zu schreien anfangen, kam der Vater aus seinem Schlafsaal in die Wohnung und stellte an die Banditen die Frage, was sie wollten. In demselben Augenblick fiel ein Schuß und Rosenbergs war tot zusammen. Die Verbrecher ergriffen die Flucht. Die alarmierte Polizei nahm die Verfolgung sofort auf, bis jetzt aber ohne Erfolg.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Carlowitz. Aus der Partei. In der am 9. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde zuerst der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben. Dem Kassierer wurde Entlohnung erteilt.

Zu Punkt 2 wurde die Neuwahl der Ortsgruppenleitung vorgenommen. Die folgenden Genossen wurden einstimmig gewählt: B. Moraw, Ortsgruppenführer, Reinhold Münchberger, Stellvertreter, Karl Mosch, Kassierer, Franz Sowa, Kassierer, Karl Wuttke, Kassierer, Job. Kawrotz, Kassierer, Kassierer: Ernst Kirsch und Emma Fleischer. Zur Generalversammlung wurden die Genossen Sowa und Münchberger delegiert.

Dann hielt Parteisekretär Genosse Schiffer einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema „Monarchie, Demokratie oder Diktatur“. Er führte uns in seinem Vortrage in die Vorkriegszeit und überzeugte uns davon, daß der demokratische Staat ein bedeutend besserer Zustand als früher ist, denn im jetzigen Staat lasse sich unser Zukunftsstaat leichter verwirklichen. Auch auf die jetzige Regierungskrise kam der Referent zu sprechen und spornete uns dazu an, auf der Hut zu sein, denn es könne auch zu Neuwahlen kommen. Die Diktatur könne sich nur dort halten, wo man kapitalistische Wirtschaftsformen unterstütze. Aber unter Zukunftsstaat soll ein anderer sein.

Unter Verschiedenem wurden verschiedene Anfragen gestellt. Beschlossen wurde, am Sonntag, den 1. Mai, für unsere Ortsgruppe ein Banner zu weihen.

Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden Sonnabend nach dem Monatsfesten abwechselnd eine in Carlowitz, eine in Schotwitz statt. Die nächsten Mitgliederversammlung findet in Schotwitz statt.

Carlowitz. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Banner Schönaich. Sonnabend, den 15. Januar, abends 7 Uhr, findet im Lokal bei Krause unsere Generalversammlung statt. Erscheinen sämtlicher Kameraden ist Pflicht.

Neumarkt. S. D. Mittwoch, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Vorstehenden eine Vorstandssitzung statt.

Die Behandlung der Grippe.

Von Dr. med. Vera Uzelrod.

Der Unterschied zwischen einem gewöhnlichen ansteckenden Katharrh und der Grippe ist weder in Bezug auf Krankheitserscheinungen, noch auf Krankheitsursachen klar und scharf umgrenzt. Das hervorragende Element bei der Grippe ist die rasche Ausbreitung über Länder und Erdteile und die Neigung der schweren Fälle zu eitrigen Komplikationen (Lungenentzündung usw.).

Die Grippe kann weder verhütet noch durch ein direktes Mittel geheilt werden. Sie heilt von selbst, durch die eigene Kraft des Körpers. Nichtsdestoweniger kommt der Behandlung wie einer sorgfältigen Krankenpflege große Bedeutung zu, handelt es sich doch darum, den Verlauf der oft unvermeidlichen Krankheit — nach und nach erliegen ihr im Verlaufe einer Epidemie bis zu 75 Prozent der Bevölkerung — möglichst mild zu gestalten und Verschlimmerungen zu verhüten. Das zu tun sind wir in der Lage.

Bei den ersten Anzeichen muß man sofort ins Bett. Während des Ausbreitens einer Grippe-Epidemie ist jedes Unwohlsein verdächtig und in neun Zehntel der Fälle als Vorbote einer Grippe aufzufassen.

Die Krankheit erfordert fortwährende ärztliche Beobachtung, um Verschlimmerungen rechtzeitig festzustellen und zu behandeln. Die üblichen leichteren Fälle verlangen Bettruhe und nach dem Aufhören des Fiebers wenigstens Zimmerruhe. Dadurch werden auch ungeheilte Infektionen verhütet. Der Gesunde kann sich schwer vor der Ansteckung schützen — aber je mehr der Kräfte den Vorkämpfer meldet, desto weniger Ansteckungsmöglichkeiten entstehen.

Gegen die Kopfschmerzen, das Halsweh und den quälenden Husten kennt der Arzt zahlreiche wirksame Medikamente. Treten starke Schmerzen auf, bevor noch Gelegenheit ist, den Arzt hinzuzuziehen, so empfehlen sich folgende Mittel: Bei Kopfschmerz: Salicyl oder Pyramidal, je nach Geschmack oder nicht mehr als vier Tabletten täglich für den Husten: Fenchelhonig, teelöffelweise nach Belieben etwa jede halbe bis ganze Stunde einen Teelöffel. Zur Stillung des Durstes ist kalter, dünner Tee mit Zitronen- und wenig Zucker am besten. Bei schwerem Fieber Wein und manchmal Kaffee. Freier ist aber unbedingt der Arzt hinzuzuziehen.

Besonders gewarnt sei vor der verschleppten Grippe. Sie mit aller Gewalt aufrecht zu erhalten, ist grundfalsch. Die Krankheit erlangt schließlich doch den Sieg und verläuft dann viel schlimmer, als wenn man sich bei den ersten Anzeichen zur Ruhe begibt.

Die Spitäler sind während einer Epidemie natürlich überfüllt. Leichte und mittelschwere Fälle gehören deshalb nach Möglichkeit in die Familie. Es besteht ja im Spital auf den allgemeinen Abteilungen, wo die Patienten oft nur „Menschenmaterial“ sind, die Gefahr einer zufälligen Infektion (Lungenentzündung). Die schweren Fälle, bei denen eine solche Komplikation (Verschlimmerung) bereits eingetreten ist, gehören aber, wo kein eigenes Krankenzimmer für den Patienten und keine Person zur Pflege vorhanden ist, trotzdem unbedingt ins Spital, da sie besondere Eingriffe und eine sehr sorgfältige Behandlung erfordern.

Seichte Umschläge wirken angenehm, je nach dem Ort der subjektiven Schmerzen, wende man sie an Hals oder an der Brust an. Jedenfalls haben sie nie aemarsin sei aber nur zu vermeiden. Diese sollen nur auf Verordnung des Arztes angewandt werden, sie kommen nur in besonderen Fällen bei Eiterungen in Frage. Kühlende Umschläge auf der Stirne sind dagegen gestattet, wenn sie eine Erleichterung bedeuten.

Wie bei allen Krankheiten, so ist auch bei der Grippe dem Schaden der Grippe in besonderem Maße ausgelegt. Vor allem bei ausgebrochener Krankheit lassen sich zu Hause Anstrebungen der Angehörigen schwer vermeiden. Der Reihe nach erkrankt oft die ganze Familie. Hier hilft auch nur sofortige Bett- oder Zimmerruhe, indem der Verlauf dadurch ziemlich früher mild und abgekürzt wird.

Im Arbeiterhaushalt läßt es sich in Wirklichkeit natürlich nie vermeiden, daß grippefranke Angehörige Hausarbeiten verrichten müssen — denn wer sollte sie denn machen? Das ist auch nicht unbedingt ein schlimmes Moment, wenn man alle im Augenblick überflüssige Arbeit sein läßt. Mit Pagen, Wäschen, Säcken usw. muß eben einwilligen ausgelegt werden. Die Krankenpflege und Küche, möglichst verteilt auf mehrere Schultern, und die Fiebernden vor allem ins Bett gehalten, braucht den Grippekranken im Anfangs- und Endstadium nicht schwer zu haben, so wie etwa die vollständige weitere Ausübung des Berufes. Aber Vorsicht ist natürlich geboten.

Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.

Von Prof. Litzke.

Eine gedrängte Darstellung für Funktionäre und Lernende. Soeben eingetroffen. Für Parteimitglieder Preis 1.00 Mk. Erhältlich im Parteisekretariat, Margaretenstraße 17, A. Januar 26.

Gewerkschaftsbewegung.

Berliner Sozialpolitik.

Wenn bei irgend einer Gelegenheit das Wort „Bauern“ fällt, so verbindet sich damit für die meisten Menschen Begriffe schwächerer Reaktion, weil dieses Bauern, besonders in der jüngsten Zeit, zum Hort aller Putschisten, der Zufluchtsstätte von Hochverrat und ausgebrochenen Sträflingen wegen Vergehen gegen die Republik geworden ist.

Aus diesen Erfahrungen heraus ist man allzu leicht geneigt, alles, was in Bayern geschieht, als gegen die Interessen des schaffenden Volkes gerichtet zu betrachten.

Auf sozialpolitischem Gebiet beruht das bayerische Staatsministerium für soziale Fürsorge, die Schäden und Kosten, die dem arbeitenden Volke aus der ungünstigen Wirtschaftslage erwachsen, zu vermindern. Es wärnt die Arbeitgeber vor einer Ausnutzung ihrer gegenwärtigen Machtposition und empfiehlt die Anrufung von Schlichtungsstellen bei der Durchführung des § 13 Absatz 1 der Gewerkschafts-Gesetz-Verordnung wie folgt:

In der letzten Zeit sind vereinzelt Klagen darüber laut geworden, daß nach dem Ablauf von Tarifverträgen auf Arbeit-geherseite versucht wird, von Betrieb zu Betrieb niedrigere Löhne mit der Belegschaft zu vereinbaren und im Falle des Widerstandes der Arbeitnehmer unter Vermeidung der amtlichen Schlichtungsstellen die Streitigkeiten dadurch vor dem öffentlichen Arbeitsnachweis auszutragen, daß Arbeiter zu den neuen ungünstigeren Bedingungen angefordert werden und im Falle der Arbeitsverweigerung die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung vom öffentlichen Arbeitsnachweis verlangt wird.

Es bedarf kaum eines Hinweises auf die schwierige Lage des öffentlichen Arbeitsnachweises in solchen Fällen. Die Grundidee seines geschäftlichen Wirkens, das Vertrauen der beiden Parteien des Arbeitsvertrages, kann dadurch leicht erschüttert werden, mag die Entscheidung — in vielen Fällen wohl durch Entscheidung des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses im einen oder anderen Sinne fallen.

Der Arbeitsnachweis wird unter diesen Umständen am zweckmäßigsten auf die Befassung der amtlichen Schlichtungsstellen mit dem harrschenden Lohnniveau hinzuwirken haben. Eine entsprechende Untergang an die in Betracht kommenden amtlichen Schlichtungsstellen kann hierbei auf den § 5 Absatz 1 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 — R. G. Bl. I S. 1043, 1040 — in Verbindung mit § 12 Absatz 2 der 2. Ausfüh-rungsverordnung hierzu vom 29. Dezember 1923 — R. G. Bl. 1924 I S. 9150 — gestützt werden. Unter Umständen kann es auch angeeignet sein, über die Entscheidung und Angemessenheit der gehobenen Löhne ein Gutachten des Schlichtungs-ausschusses zu erbitten.

Wenn auch Bayern sonst nicht allzu vorbildlich für die übrigen Länder des Deutschen Reiches ist, so dürfte in vor-liegenden Fällen sich doch manche norddeutschen Länder an Bayern ein Beispiel nehmen können.

Schule und Berufsberatung.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Kultusminister Dr. Becker die Regierungen und Provinzial-schulkollegien angewiesen, überall, wo Berufsämter und Berufs-beratungsstellen bei den Arbeitsnachweisämtern vorhanden sind, dafür Sorge zu tragen, daß die Schule Angebote von Lehrstellen diesen übermitteln. Die Schulen haben sich der Ver-antwortung für die Vermittlung grundsätzlich zu enthalten. Die Aufgabe der Schule in Bezug auf die Berufsberatung besteht nunmehr darin, die Fragen der Berufswahl pädagogisch vorzu-bereiten und dem amtlichen Berufsberater Unterlagen für seine Tätigkeit zu liefern. Die eigentliche fachliche Beratung ist den Berufsämtern zu überlassen. Die Schulen werden in dem Erlaß erneut darauf hingewiesen, mit den Berufsämtern aufs engste zusammen zu arbeiten.

Das periodische Mitteilungsblatt der Christlichen Gewerkschafts-Internationale, die ihren Sitz in Utrecht hat, wird künftig unter dem Titel „Die Internationale Christliche Gewerkschafts-bewegung“ erscheinen.

Wirtschaft.

Schlechte Aussichten des deutschen Bergbaues nach Wiedererstarben der englischen Konturrenz.

Es liegt auf der Hand, daß unsere künftige Wirtschaftsentwicklung mit davon abhängt, inwieweit die Auswirkungen des englischen Bergarbeiterkampfes die Beschäftigung im deutschen Bergbau sicherstellen. Ein gründlicher Kenner des rheinisch-westfälischen Ge-bietes schreibt uns zu dieser Frage folgendes:

Die Folgen des beendeten englischen Bergarbeiterstreiks treten heute schon im deutschen Bergbau mehr oder weniger scharf hervor. Von Bedeutung ist zum Beispiel, daß die Verladung von Lagerkoks eingestellt werden mußte. Es ist über-haupt symbolisch für die Wirkungen des englischer Streiks auf den europäischen Kohlenmarkt, daß es nicht einmal möglich war, die Koksbestände reiflich zu be-leistigen. So kann man heute noch ganz erhebliche Mengen von Koks auf Lager feststellen. Was die eigentliche Beschäftigung angeht, so dürfte diese bei etwäglichen Preisen durch den vermehrten Winterbedarf und durch die vom Ruhrkohlenyndikat im verflochtenen Jahre abgeschlossenen langfristigen Verträge sichergestellt sein. Von anderer Seite wird auch angenommen, daß der Absatz mit dem beginnenden Frühjahr anhalten wird. Das scheint mir äußerst zweifelhaft zu sein. Vor allen Dingen muß überlegt werden, ob die im nächsten Jahr bei der erst. kommenden neuen Kohlenkrise nicht um eine eigentliche Kohlenkrise handelt, sondern um eine Krisis bestimmter Kohlenarten, in erster Linie der Feinkohle und deren Verarbeitungsprodukte, des Koks und des Briketts. Mir will scheinen, daß für das kommende Frühjahr der Absatz dieser Produkte nicht sicher ist. Da man nur die übrigen Kohlenarten nicht ohne Feinkohle fördern kann und der erhebliche Bedarf an Feinkohle oder auf die Dauer ein Lager der Feinkohle und der Verarbeitungsprodukte unmöglich macht, so liegen Rückstellungen auf die gesamte Kohlenförderung auf der Hand.

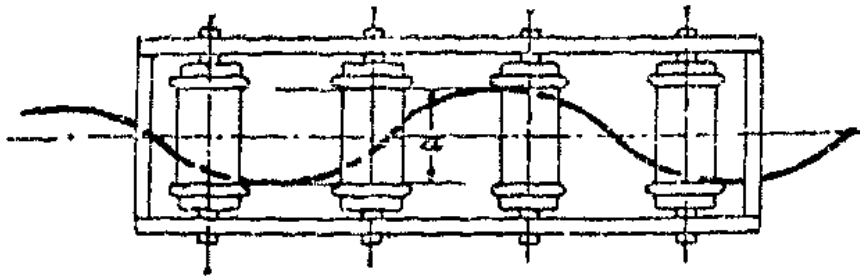
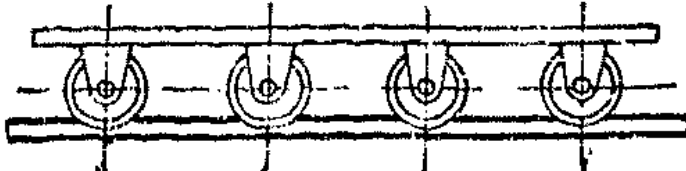
Das ist Voraussetzungen, die außer Betracht liegen. Umso dringender muß gefordert werden, daß man mit aller Macht an die Arbeit geht, um die drohende neue Krisenwelle zu mildern. Notwendig wäre in erster Linie eine Senkung des Preisstandes, um so zu einer Stärkung der Kaufkraft und zu einer natürlichen Entlastung der Wirtschaft zu kommen.

Zusammenbruch einer französischen Autofabrik.

Aus Frankreich wird der Zusammenbruch der großen Auto-mobilfabrik Dion-Bouton gemeldet. Die Passiven betragen 60 Millionen Mark, denen nicht im entsprechenden Maße Gegenwerte gegenüberstehen. Der Zusammenbruch wird auf die schnelle Steigerung des französischen zurückgeführt.

Prinzip der Einschienenbahn.

Der Fortschritt in der Überwindung der räumlichen Ent-fernungen bildet ohne Zweifel den entscheidenden Maßstab für den Stand der technischen Kultur. Der Mensch überwindet die räumliche Trennung durch Beförderungsmittel. Die Anforder-ungen an dieselben sind Schnelligkeit, Sicherheit und Billigkeit. Einer der wichtigsten Teile unserer Beförderungsmittel ist das Gleis. Die Eisenbahn entstand erst durch eine Kombination von Lokomotive und dem alten eisernen Gleis, das z. B. im Rheinland zur Beförderung der Kofe von den Ruhrzügen nach dem Wuppertal, dem bergischen Industriegebiet, benutzt wurde.



Einschienenbahn

Das bloße Gleis ist nichts anderes als eine Vorrichtung zur Er-leichterung des Fahrens. Es hat nicht die Befähigung, Schnellig-keit zu verleihen. Die Lokomotive wiederum kann sich auf der bloßen Landstraße nur unbeholfen fortbewegen. Erst die Kombi-nation von Lokomotive und Gleis schafft das moderne Beförde-rungsmittel, die Bahn.

Die erste brauchbare Lokomotive ist im Jahre 1814 von dem Engländer Georg Stephenson gebaut worden. Der Ursprung der Spurbahn, der Schiene, ist aber in Deutschland zu suchen. Die Harzer Bergleute sollen um das Jahr 1500 ihre kleinen Gruben-arten, noch heute „Hunde“ genannt, auf hölzernen Längsschwellen vorwärts bewegt haben, und zwar durch einen Leit- oder Spur-nagel des Fahrzeuges, der in einem Schlitze zwischen den beiden Längsschwellen eingriff. Dadurch wurden die Hunde im Gleich-gewicht gehalten. Später hat man an die feilliche Innenfläche der Langhölzer Reideisen genagelt, um sie vor der Abnutzung durch den Spurnagel zu schützen. Darin kann man sehr wahr-scheinlich den Anfang des eisernen Gleises sehen.

Damals dachte natürlich noch kein Mensch daran, die Zwei-schienenbahn etwa durch eine Einschienenbahn zu ersetzen, also Fahrzeuge nur auf einem Gleis fortzu-bewegen. In neuerer Zeit hat es aber doch nicht an Ver-suchen gefehlt, das Problem aufzugreifen. Im nachstehenden soll eine vor kurzem patentierte Einschienenbahn erläutert werden.

Dem Bau der Einschienenbahn stellen sich vor allem die größten Schwierigkeiten dar: in entgegen, daß eine Stabilisierung

des rollenden Materials unbedingt notwendig ist. Bisher hat man sich besonderer Hilfsmittel bedient, wie eines Kreisappa-rates (Gyroskop), Stützen und dergleichen mehr, um das Gleich-gewicht der Fahrzeuge herzustellen. Um nun das rollende Fahr-zeug nur auf einem Schienenstrang ohne die genannten Hilfs-mittel zu stabilisieren, ist es erforderlich, die Schienen in der Ebene des Fahrzeuges gleichmäßig auszugestalten. Die Spur-weite, d. h. der Abstand zwischen den Innenkanten der Schienen, bilden hier die äußersten Punkte der gegenseitigen Entfernung „a“ in unserer Abbildung. Die Räder des Fahrzeuges sind zylinderartig ausgebildet. Die gegenseitige Entfernung der Räder wird der Schienenform angepaßt. Da die Berührungspunkte sich in genügender Entfernung auf bei den Seiten der Achse der Spurweite halten, so befindet sich dadurch das rollende Fahrzeug in stabilem Gleichgewicht. Während der Vorwärtsbewegung des Fahrzeuges wechseln die Stillpunkte ihre Lage, so daß damit eine dauernde und gleichmäßige Stabilität der Fahrzeuge erreicht wird. Die Konstruktion der Räder ist so gewählt, daß das Fahr-zeug der Einschienenbahn ohne weiteres auch auf der Zwei-schienenbahn verwendet werden kann.

Außer den wirtschaftlichen Vorteilen (man erspart durch die Einschienenbahn Schienenmaterial in Höhe von 45 Prozent) bringt die dargelegte Konstruktion vor allen Dingen ganz ge-waltige Betriebsvorteile. Die bis jetzt vorkommenden Schwellen-verfälschungen werden bedeutend geringer, da der Druck auf die-selben stets senkrecht wird. Der Krümmungswiderstand, welcher durch das Abgleiten der Räder entsteht, fällt gänzlich fort. Achsen-brüche sind nicht mehr zu befürchten. Es ist klar, daß sobald ein Fahrzeug aus der geraden Richtung in die Kurve einfährt, es in-folge der Trägheit bestrebt ist, die ursprünglich gerade Richtung beizubehalten. Die neu eintretende Reaktion macht sich als Stoß geltend, der um so heftiger wird, je größer die Geschwindigkeit und je kleiner der Krümmungsradius der Kurve ist. Diese für den Reisenden, das Fahrzeug und den Oberbau gleich unangenehmen Stöße, welche bei dem Zwischenschienenstrang durch sogenannte Ueber-gangskurven zu mildern versucht werden, treten beim Einschienen-system überhaupt nicht auf.

Der größeren Betriebssicherheit wegen können die Schienen untereinander verschweißt werden, da die Längenunterschiede derselben bei Temperaturschwankungen durch die Schienenform aus-gleichend werden. Eine böswillige Entfernung der ge-schweiften Schienen ist bedeutend schwieriger als der zusammen-geschraubten Schienen. Die Schienenform garantiert an und für sich ein viel sicheres Ausliegen auf den Schwellen, ohne besondere Befestigung. Das Rollen der Fahrzeuge über geschweiften Schienen ist naturgemäß bedeutend ruhiger, da keine Erschütterungen durch die Verbindungsstellen hervorgerufen werden.

Es ist natürlich heute vollständig verfrüht, etwas über die Zukunft der Einschienenbahn vorauszusagen. Sehr wahrscheinlich aber geht es mit diesem Problem wie mit anderen, auf die das Wort zutrifft, daß das Unerwartete überraschend bald Ereignis wird.

Heute Herabsetzung des Reichsbankdiskontes?

Der „Täglichen Rundschau“ zufolge soll der Zentralaus-schuh der Reichsbank auf heute einberufen worden sein. Aller Vor-aussicht nach sei eine Diskonterhöhung auf 5 Prozent zu erwarten.

Soziales.

Die Erhöhung der Sätze der Preussischen Gebührensordnung für die Ärzteschaft.

In der Presse erscheint ein Aufruf, betitelt „Ärzteschaft und Krankenassen“, veranlaßt durch den Verband der Ärzteschaft Deutschlands. Diese Aufruf ist geeignet, Mißstimmung in die Kreise der Arbeitgeber und Kassennmitglieder der Pflichtkranken-kassen zu tragen. Darum erklärt der Provinzialverband Schlesien des Hauptverbandes deutscher Kran-kenkassen, v. B., folgende Erklärung:

Durch die Verordnung des Preussischen Ministers für Volks-mohlfahrt vom 22. Dezember 1926, die von dem Preussischen Lan-dtag in wiederholten Beschlüssen gefordert worden ist, erhöhen sich die bisherigen Arztgebühren für die reichsgesetzlichen Kranken-kassen mit Wirkung vom 1. Januar 1927 ab um jährlich 25 Prozent. Unter Berücksichtigung der für 1925 nach der amt-lichen Statistik von den Krankenkassen gemachten Aufwendungen für ärztliche Behandlungen werden die Krankenkassen im Jahre 1927 60 Millionen Mark allein für ärztliche Behandlung mehr auszugeben haben.

Gleichzeitig weisen die Kassenvorsteher die in der Kund-gebung des Verbandes der Ärzte Deutschlands aufgestellten un-richtigen Behauptungen, daß die Kassen keine richtige Kranken-geldpolitik treiben, sich hinsichtlich der Vermögenslage keinerlei Beschränkungen auferlegen und in bezug auf Verwaltungskosten und Weiterentwicklung von Mitgliedern nicht die Grundzüge strenger Wirtschaftlichkeit beobachten, auf das entschiedenste zurück. Diese un-wahren Behauptungen und insbesondere die hieraus gezogene Schlussfolgerung, daß an eine Herabsetzung der Beiträge zu denken ist, kann nur den Zweck haben, die Öffentlichkeit irre zu führen und von den Tatsachen der wirklichen, un-gezüglichen Belastung der Wirtschaft abzulenken.

Die wirtschaftlichen Verbände der Arbeit-geber und Arbeitnehmer sind hierzu nicht gehört worden. Die Krankenkassenverbände haben vergeblich gegen diese Erhöhung Einspruch erhoben, zumal sie nur mit 48 stündiger Frist zu den Verhandlungen telegraphisch eingeladen waren.

Seitragserhöhungen der Krankenkassen sind die unaussprechliche Folge des Beschlusses. Die Kranken-kassenverbände lehnen die Verantwortung für diese neue

Rückgang des Geburten-Überschusses.

Das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht für das erste und zweite Vierteljahr 1926 recht interessante Zahlen über den Geburtenüberschuß. Er beträgt für das erste Viertel-jahr 1926, immer auf 1000 der Bevölkerung gerechnet, 7,59 gegen-über 9,68 im Jahre 1925, 7,65 im Jahre 1924 und 12,88 im Jahre 1918. Für das zweite Vierteljahr 1926 stellt sich die Ziffer auf 8,43 (1925 = 10,29, 1924 = 8,85 und 1913 = 13,01). Da be-züglich der Geburtenziffern ein Rückgang festzustellen ist, beruht der Geburtenüberschuß durchweg auf der verminderten Sterb-lichkeit.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 19. Januar.			
1 Pfund Sterling	20,41	100 Mk. Franco	15,68
1 Dollar	4,207	100 Sch. Kronen	12,456
100 belg. Gulden	103,31	100 Schweizer Franco	61,15
100 Belg. = 500 Franken	68,51	100 Peseta	65,77
100 norw. Kronen	107,25	100 dän. Kronen	112,58
100 Dänig. Gulden	81,46	100 Pengs	73,58
100 Öst.	18,29	100 öst. Schilling	69,25
100 öst. Kronen	112,16	100 Reich	46,84

Genossenschaftswesen.

Wenn die Konsumvereine nicht wären.

Es ist eine alte und oft bestätigte Erfahrung, daß überall da, wo konsumgenossenschaftliche Vertikalisierungen eingerichtet werden, sich — sobald auch nur das Gerücht von dem bevor-stehenden Ereignis ausbreitet — allgemein recht beachtliche Preis-herabsetzungen im Kleinhandel feststellen lassen, und daß anderer-seits stets, sobald an einem Ort eine konsumgenossenschaftliche Warenabgabestelle aus irgendwelchen Gründen geschlossen werden muß, die Preise für lebensnotwendige Waren rasch und erheblich steigen.

Es ist erwiesen, daß die Preise in den Konsumvereinen niedriger sind als im privaten Kleinhandel; die Ermittlungen des Reichsstatistischen Amtes und weiterhin unter anderem auch des Landesstatistischen Amtes für den Staat Hamburg haben den unwiderlegbaren Beweis dafür erbracht. Die amtlichen Feststellungen des Statistischen Landesamtes Hamburg ergaben, daß der Konsum- Bau- und Sparverein „Produktion“ im letzten Jahre nicht 5 Prozent, sondern bei Berücksichtigung der Rück-vergütung 10 bis 12 Prozent billiger war als die Konkurrenz. Eine Fülle von weiterem Beweismaterial dafür, daß die Preise der Konsumvereine allgemein nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, unter denen des Kleinhandels liegen, enthält eine kürzlich erschienene Denkschrift des Internationalen Arbeitsamtes in Genf; die Denkschrift befaßt sich mit der Frage der Verteilungskosten im Handel und bei den Genossenschaften und wird der Internationalen Wirtschaftskonferenz vorliegen. Dieses Material stammt zum Teil aus Erhebungen, die von Be-hörden oder unter ihrer Aufsicht durchgeführt wurden, zum anderen Teil liegen ihm einwandfreie private Erhebungen aus den Kreisen des Einzelhandels und der Konsumvereine zugrunde.

Die Konsumvereine dürfen aber nicht das selbstmüderische Bestreben haben, unter allen Umständen billiger zu sein, als der private Einzelhandel. Preisunterbietungen — die Abgabe von einzelnen Waren unter Selbstkostenpreis, um Kunden anzulocken (Lodartikel) — erfordern, da ja kein Kauf-mann mit Verlust verkaufen kann, entsprechende Ausgleichs-ausschläge für andere Waren, was meist von den Hausfrauen, die wunder wie billig zu kaufen glauben, nicht beachtet wird. Wollte nun eine Konsumgenossenschaft — wie zum Beispiel in ihrem Beginn ein „Genossenschaftlicher Warenverein“ in Kofee, ein vierter, fünfter usw. je eine andere Ware als Lod-artikel unter Selbstkostenpreis verkaufen — alle diese Waren zu denselben unter den Selbstkosten liegenden Lodartikelpreisen an ihre Mitglieder abgeben (und es gibt logenante Genossen-schaftler, die das allen Ernstes fordern!), so würde sie aus er-stenhandigen Gründen recht bald ihre Verteilungsstellen schließen müssen; das dürfte wohl auch einem schlechten Rechner ohne weiteres einleuchten.

Wollte die Geschäftsleitung eines Konsumvereins, wenn sie wirklich schwach genug wäre, pflichtwidrigerweise den ewig Unzufriedenen, den über zu hohe Konsumvereinspreise Klagelnden nachgebend den Konsumverein durch falsche Preis-politik seiner Lebenskraft berauben, würden das nicht nur die Mitglieder des Konsumvereins sondern auch alle übrigen Ver-bräucher bald genug spüren; denn wo ein Konsumverein ver-schwindet, da hört auch sein preisregulierender Einfluß auf, da steigen die Preise.

Wenn jeder Leser einen neuen Leser wirbt, ist die Auflage unserer Zeitung verdoppelt!

Beachten Sie bitte die Kochanweisung,

die jedem Würfel von MAGGI® Suppen aufgedruckt ist. Sie ist zwar sehr einfach, aber natürlich nicht für jede der vielen Sorten die gleiche. Verfahren Sie nicht nach Gutfühlen. Nach Vorschrift gekocht, schmecken MAGGI® Suppen delik.

Die tschechische Jugend

Die tschechische Regierung hat kürzlich einen Gesetzentwurf über die Einbürgerung einer vorwiegend tschechischen Jugend bekannt gegeben. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die tschechische Jugend (18 Lebensjahre bis nach der letzten schulpflichtigen) von 18 Lebensjahren bis nach der letzten schulpflichtigen (18 Lebensjahre bis nach der letzten schulpflichtigen) von 18 Lebensjahren bis nach der letzten schulpflichtigen...

Die tschechische Regierung hat kürzlich einen Gesetzentwurf über die Einbürgerung einer vorwiegend tschechischen Jugend bekannt gegeben. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die tschechische Jugend (18 Lebensjahre bis nach der letzten schulpflichtigen) von 18 Lebensjahren bis nach der letzten schulpflichtigen...

Die tschechische Regierung hat kürzlich einen Gesetzentwurf über die Einbürgerung einer vorwiegend tschechischen Jugend bekannt gegeben. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die tschechische Jugend (18 Lebensjahre bis nach der letzten schulpflichtigen) von 18 Lebensjahren bis nach der letzten schulpflichtigen...

Die tschechische Regierung hat kürzlich einen Gesetzentwurf über die Einbürgerung einer vorwiegend tschechischen Jugend bekannt gegeben. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die tschechische Jugend (18 Lebensjahre bis nach der letzten schulpflichtigen) von 18 Lebensjahren bis nach der letzten schulpflichtigen...

Die tschechische Regierung hat kürzlich einen Gesetzentwurf über die Einbürgerung einer vorwiegend tschechischen Jugend bekannt gegeben. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die tschechische Jugend (18 Lebensjahre bis nach der letzten schulpflichtigen) von 18 Lebensjahren bis nach der letzten schulpflichtigen...

Songress der belgischen Jugend

Am 31. Oktober und 1. November fand in Brüssel der diesjährige Verbandstag der belgischen Jugendorganisation statt. Der Tagung war von 248 Delegierten die 129 Ortsgruppen vertreten, die sich in Belgien, Frankreich und Holland befinden.

Am 31. Oktober und 1. November fand in Brüssel der diesjährige Verbandstag der belgischen Jugendorganisation statt. Der Tagung war von 248 Delegierten die 129 Ortsgruppen vertreten, die sich in Belgien, Frankreich und Holland befinden.

Die dritte Generation

Wie alle Felder Generationen sind auch die dritte Generationen im Kampf gegen die bürgerlichen Kräfte. Aus Egoismus und Gewinnstreben, aber auch um ihre selbständigen, unabhängigen Mitarbeiter zu gewinnen. Das dritte Generationen sind die Träger der sozialen Bewegung und die Träger der sozialen Bewegung...

Wie alle Felder Generationen sind auch die dritte Generationen im Kampf gegen die bürgerlichen Kräfte. Aus Egoismus und Gewinnstreben, aber auch um ihre selbständigen, unabhängigen Mitarbeiter zu gewinnen. Das dritte Generationen sind die Träger der sozialen Bewegung und die Träger der sozialen Bewegung...

Wie alle Felder Generationen sind auch die dritte Generationen im Kampf gegen die bürgerlichen Kräfte. Aus Egoismus und Gewinnstreben, aber auch um ihre selbständigen, unabhängigen Mitarbeiter zu gewinnen. Das dritte Generationen sind die Träger der sozialen Bewegung und die Träger der sozialen Bewegung...

Wie alle Felder Generationen sind auch die dritte Generationen im Kampf gegen die bürgerlichen Kräfte. Aus Egoismus und Gewinnstreben, aber auch um ihre selbständigen, unabhängigen Mitarbeiter zu gewinnen. Das dritte Generationen sind die Träger der sozialen Bewegung und die Träger der sozialen Bewegung...

Wie alle Felder Generationen sind auch die dritte Generationen im Kampf gegen die bürgerlichen Kräfte. Aus Egoismus und Gewinnstreben, aber auch um ihre selbständigen, unabhängigen Mitarbeiter zu gewinnen. Das dritte Generationen sind die Träger der sozialen Bewegung und die Träger der sozialen Bewegung...

Die Arbeitgeber für die Erziehung der Jugend

Am Verlauf der Preisdebatte, die Ende November über die Ausbildung von Sportlehrern durch die Reichswehr geführt wurde, hat auch der Vereinigung des Reichsarbeitsbewerbers des Aborts ergriffen und dem Reichsarbeitsbewerber eine Erklärung übermitteln, in der es heißt, daß sich die Arbeitgeberverbände schon mehrfach mit Fragen beschäftigt hätten, die auf dem Gebiet der sportlichen und sportlichen Erziehung der Jugend liegen. Gegenstand ihrer Beratungen wäre wiederholt die Förderung von jugendlichen Sportlehrern und derartige an der letzteren hat die Reichswehr ein besonderes lebhaftes Interesse, weil sie wie früher auch schon in ein für allemal zu erhalten. Aus diesem Grunde hielten sie die Arbeitgeber an der Reichswehr gebunden, um die Ausfüllung dieser Stellen in dieser Frage kennen zu lernen.

Am Verlauf der Preisdebatte, die Ende November über die Ausbildung von Sportlehrern durch die Reichswehr geführt wurde, hat auch der Vereinigung des Reichsarbeitsbewerbers des Aborts ergriffen und dem Reichsarbeitsbewerber eine Erklärung übermitteln, in der es heißt, daß sich die Arbeitgeberverbände schon mehrfach mit Fragen beschäftigt hätten, die auf dem Gebiet der sportlichen und sportlichen Erziehung der Jugend liegen. Gegenstand ihrer Beratungen wäre wiederholt die Förderung von jugendlichen Sportlehrern und derartige an der letzteren hat die Reichswehr ein besonderes lebhaftes Interesse, weil sie wie früher auch schon in ein für allemal zu erhalten. Aus diesem Grunde hielten sie die Arbeitgeber an der Reichswehr gebunden, um die Ausfüllung dieser Stellen in dieser Frage kennen zu lernen.

Am Verlauf der Preisdebatte, die Ende November über die Ausbildung von Sportlehrern durch die Reichswehr geführt wurde, hat auch der Vereinigung des Reichsarbeitsbewerbers des Aborts ergriffen und dem Reichsarbeitsbewerber eine Erklärung übermitteln, in der es heißt, daß sich die Arbeitgeberverbände schon mehrfach mit Fragen beschäftigt hätten, die auf dem Gebiet der sportlichen und sportlichen Erziehung der Jugend liegen. Gegenstand ihrer Beratungen wäre wiederholt die Förderung von jugendlichen Sportlehrern und derartige an der letzteren hat die Reichswehr ein besonderes lebhaftes Interesse, weil sie wie früher auch schon in ein für allemal zu erhalten. Aus diesem Grunde hielten sie die Arbeitgeber an der Reichswehr gebunden, um die Ausfüllung dieser Stellen in dieser Frage kennen zu lernen.

Am Verlauf der Preisdebatte, die Ende November über die Ausbildung von Sportlehrern durch die Reichswehr geführt wurde, hat auch der Vereinigung des Reichsarbeitsbewerbers des Aborts ergriffen und dem Reichsarbeitsbewerber eine Erklärung übermitteln, in der es heißt, daß sich die Arbeitgeberverbände schon mehrfach mit Fragen beschäftigt hätten, die auf dem Gebiet der sportlichen und sportlichen Erziehung der Jugend liegen. Gegenstand ihrer Beratungen wäre wiederholt die Förderung von jugendlichen Sportlehrern und derartige an der letzteren hat die Reichswehr ein besonderes lebhaftes Interesse, weil sie wie früher auch schon in ein für allemal zu erhalten. Aus diesem Grunde hielten sie die Arbeitgeber an der Reichswehr gebunden, um die Ausfüllung dieser Stellen in dieser Frage kennen zu lernen.

Am Verlauf der Preisdebatte, die Ende November über die Ausbildung von Sportlehrern durch die Reichswehr geführt wurde, hat auch der Vereinigung des Reichsarbeitsbewerbers des Aborts ergriffen und dem Reichsarbeitsbewerber eine Erklärung übermitteln, in der es heißt, daß sich die Arbeitgeberverbände schon mehrfach mit Fragen beschäftigt hätten, die auf dem Gebiet der sportlichen und sportlichen Erziehung der Jugend liegen. Gegenstand ihrer Beratungen wäre wiederholt die Förderung von jugendlichen Sportlehrern und derartige an der letzteren hat die Reichswehr ein besonderes lebhaftes Interesse, weil sie wie früher auch schon in ein für allemal zu erhalten. Aus diesem Grunde hielten sie die Arbeitgeber an der Reichswehr gebunden, um die Ausfüllung dieser Stellen in dieser Frage kennen zu lernen.

Und doch, eine den stets erneuernden, vorwärtstreibenden Geist der Jugend ist die Arbeitbewegung nicht denkbar. Alle Hemmungen, alle Entbehrungen der Bewegung, die dem Geist der Jugend entgegenstehen, müssen zu neuen Kraftanstrengungen werden, desto höher muß das Ziel gesetzt werden. Die Jugend ist die Zukunft der Partei, sie ist der nächste Erbe des Vorwärtstenden. Das Schwerkste steht ihr noch bevor. Es ist leichter in die Schanze zu setzen, sein Leben und seine Freiheit täglich in die Schanze zu schlagen, als die kühne Opferbereitschaft aller in den Zeiten kühnen Kampfes zu erlangen. Im Geiste der Jugend war es leichter und schöner, vorzugehen im Angriff, als das Ertrugene zurückhalten und auszuweichen. Für die Sache aller zu wirken, war leichter, als noch keine Gelegenheiten zu Spiel und Jugendtun zu lassen. Und den einzelnen vom Vorkommen empordürstiger zu machen, war leichter, als die Masse reifer, fähiger und tüchtiger zu machen. Aber Schwierigkeiten waren für die Jugend immer nur da, um überwinden zu werden. Am so vielstündiger, fähiger und tüchtiger wird die Jugend werden, wenn sie auch unter den gänzlich verschiedenen Verhältnissen sich selbst ihrer Jugend erzieht. Die Begleitung der Jugend, ihre Erziehung, ganz alles Anrecht, ihre Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, ihr tätiges Fortwärtstreiben werden nach wie vor die wichtigsten Kräfte in jeder Bewegung bleiben, die nicht der Vergangenheit nachhängt, sondern der Zukunft gütredt.

Die dritte Generation findet den wilden, jürendlichen Gehirnschlag von einst verewandelt in einen breiten, majestätischen Strom. Das Verständnis zum Sozialismus, einfließ die Ausdehnung der Opferwilligkeit, Weiten, birgt keine Gefahr mehr. Es kann jetzt unter Umständen Vorteile bringen, und es mag einzelne Fälle geben, in denen die Aussicht auf solche Vorteile zum Bestehen veranlaßt hat und nicht die gesellschaftliche Überzeugung und Bewusstheit. Die Bewegung kehrt sich auch durchaus nicht immer im Angriff. Sie hat Stützpunkte, Stützpunkte erobert, die gesichert sind und verfestigt werden müssen. Jede gründliche Ausdauer ist nun ein erstfordentlich und nicht jugendliche Begeisterung. Die Aktivitäten einen klaren, intensiven geschulten Organisationsapparat. Derzeitigen Waffen, das ist mühevoll Arbeit in der Stille und im Hinterland, die nicht in jeder Hinsicht geteilt werden kann. Es gibt, immer blickend gesprochen, keine Gelegenheit zum Treason, sondern zum Dreifachen, und das belagert nun manchen Jugendlichen nicht.

Nach im Einklang hat sich vieles geändert. Einst war es der, der „nur“ sechs Stunden täglich zu arbeiten hatte, dessen Bewußt, daß er für den Kampf, der noch zwölf Stunden täglich in die Front genommen war, daß der Erfolg des Kampfes denen, die nach uns kommen“, zuteil werden wird. Heute sind diese an der Spitze. Sie sind der Kämpfer des Erfolges. Sie müssen nicht mehr die einzige Stunde, die dem Schlaf abgerungen werden kann, in mühevollen Wirteln und Rastlöcherchen organisieren, organisieren, in lässigen Wirteln und Rastlöcherchen einen Ausstieg machen, ein Konzert heischen, sie können manövrieren, tauchen, turnen, schwimmen, ja es wird dies sogar von ihnen verlangt.

Und doch sind die Aufgaben der dritten Generation größer und schwerer als die der anderen. Sie muß ihren Kampfsgeist erhalten, ohne von den Dingen des Weite, die einst alltäglich waren, in Anspruch gebracht zu sein. Sie muß Keite und Ernst bewahren, obwohl ihr, wenn auch nur für kurze Stunden, das Recht und die Möglichkeit, an Freunden der Jugend teilzunehmen, gesichert sind. Sie muß für die anderen kämpfen, die noch nicht so weit sind, die in noch größerem Glanz, in größerer Ausbeutung leben als sie, obwohl dieses Glanz nicht mehr so aufregend ist, nicht mehr so aufregend ist wie einst. Und noch eine wichtige Antriebskraft fehlt: Vertrauen und Parteilichkeit. In den Zeiten des Sturmes und Dranges hat die Jugendliche hat sich auf veramtwilligstem Posten bewährt. Es trauen der Partei mit keiner höheren Zonen. Das Selbstvertrauen des einzelnen, ohne das große Vertrauen, das ihn von anderen entgegengebracht wird. Es mag Parteigenossen geben, denen das Wesen der Jugend in der Seele zumider ist und die nur von dem als dem Mitarbeiter geeignet und vertrauenswürdig halten, der sich durch regelmäßige Anwesenheit, nicht aber durch eine Meinung, eine Stimmung oder gar durch Kritik, verdient macht.

